

Corona, Pharma, EU und Demokratie

Die EU und die Pharma in der Pandemie Von Rachel Tansey	S. 1
Der EU-Corona-"Wiederaufbaufonds" Von Gerald Oberansmayr	S. 7
Corona und Demokratie Von Paul Ruppen	S. 9

Brexit et Travailleurs; EU-Afrikapolitik

Buchbesprechungen	S. 11
L'Union européenne et le déclin de la socialdémocratie Par Lee Jones	p. 15
EU-Afrika-Zusammenkünfte auf Unbestimmt verschoben Von German-Foreign-Policy.com	S. 19
Kurzinfos	S. 20



edito

Die Konzern-Verantwortungs-Initiative wurde leider knapp wegen des Ständemehrs abgelehnt. Es fehlten 6000 Stimmen in ein paar kleineren Kantonen. Die Initiative hätte einen Weg gezeigt, wie man den Multis Regeln auferlegen kann, ohne deswegen undemokratische supranationale Strukturen aufbauen zu müssen. Nun, das Volksmehr ist als Teilsieg zu werten und in einem nächsten Anlauf könnte es klappen. Für manche Anliegen braucht es halt ein paar Anläufe. Der Artikel über das Lobbying der Pharma-Industrie in der EU zeigt deutlich, dass es nötig ist, multinationale Firmen besser zu kontrollieren. Dass dazu die EU das geeignete Instrument ist, ist fraglich – angesichts der Machtverhältnisse und des Einflusses der Multis. In der EU läuft im Augenblick ein sogenannter Legislativvorschlag, in dem die EU-Parlamentarier

ihre Ideen zur Konzernverantwortung einbringen. Ziel ist, dass die EU-Kommission im kommenden Juni einen konkreten Gesetzgebungsvorschlag vorlegt. Wie dieser aussehen wird, ist offen. In einer Botschaft bekannten sich 25 Multis und Wirtschafts-Organisationen zu den laufenden EU-Bemühungen, die Verantwortung von Konzernen zu regulieren, darunter z.B. Nestlé. Nestlé bekämpfte nicht nur die Konzern-Verantwortungsinitiative, sondern auch den – schliesslich zu Gunsten der zahnlosen Berichterstattungspflicht zurückgezogenen – Gegenvorschlag des Nationalrates. Ziel der Vorwärtsstrategie der Multis in der EU dürfte klar sein: das für die Image-Pflege absolute Minimum.

Paul Ruppen

Forum für direkte Demokratie und EUROPA-MAGAZIN

Die direkte Demokratie gerät in der Schweiz zunehmend unter Druck. Ein eventueller EU-Beitritt droht, sie ihrer Substanz zu berauben. Wirtschafts-, Agrar-, Gesundheits- und Umweltpolitik würden bei einem EU-Beitritt den Entscheidungskompetenzen des Volkes weitgehend entzogen. Internationale Zusammenarbeit ist für die Lösung vieler Probleme unabdingbar. Kooperation über die Grenzen hinaus darf aber nicht als Vorwand missbraucht werden, die direkte Demokratie auszuhöhlen. Denn nur die direkte Demokratie kann eine minimale, inhaltliche Kontrolle der politischen Entscheidungsprozesse gewährleisten.

Die Wirtschafts- und Währungsunion will rohstoffverschleissendes, quantitatives Wachstum forcieren. Räumliche und wirtschaftliche Konzentrationsprozesse sollen der europäischen Wirtschaft vor den übrigen Wirtschaftsmächten einen Konkurrenzvorteil verschaffen. Unter friedens-, umwelt- und entwicklungspolitischen Gesichtspunkten sind dies Schritte in die falsche Richtung: laut EU-Parlament besteht eines der Ziele einer gemeinsamen 'europäischen Verteidigungspolitik' darin, die Interessen der Union in allen ihren Aspekten zu schützen, "einschliesslich der Versorgungssicherheit in wesentlichen Punkten, wenn diplomatische Instrumente dazu nicht mehr ausreichen" (A4-0171/98 (14. Mai 98) Punkt 3).

Das **Forum für direkte Demokratie** ist eine überparteiliche Bewegung von Leuten aus dem ökologisch-sozialen Lager, die der offiziellen EU-Politik gegenüber kritisch eingestellt sind. Für Europa streben wir die Dezentralisation und Demokratisierung der bestehenden Territorialstaaten, die Verstärkung der internationalen Kooperation (OSZE, Europarat, Umweltkonferenzen, Minderheitenschutz, Menschenrechte, Sozialgesetzgebung) und die Pflege des vielfältigen Kontaktes zwischen Regionen, Staaten, Organisationen und Menschen an.

Ziel des Forums ist eine breite Information der Mitglieder über europapolitische Fragen. Dazu wird 2 Mal pro Jahr das

EUROPA-MAGAZIN herausgegeben, das auch von Nicht-Mitgliedern abonniert werden kann. Das Forum organisiert Veranstaltungen und versucht, in den Kantonen Regionalgruppen aufzubauen und zu betreuen. Wenn Ihnen direkte demokratische Selbstbestimmung im Rahmen der Menschenrechte und dezentrale Strukturen in Europa am Herzen liegen, werden Sie Mitglied des Forums, engagieren Sie sich oder abonnieren Sie das Europa-Magazin.

Den Spenderinnen, Abonentinnen und Mitgliedern, die ihren Beitrag 2021 bereits bezahlt haben, möchten wir danken. Die übrigen möchten wir bitten, uns möglichst bald ihre jeweils freudig begrüßten Überweisungen zu machen. Wir arbeiten gratis – sind aber, wenn sich der Abo- und Mitgliederstamm nicht ausweitet, bald dem Untergang geweiht. Wie wäre es, wenn jede Leserin oder Leser uns je einen Abonnenten, eine Spenderin oder ein Mitglied sucht? Sie könnten sich z.B. auch als Lektorin oder Lektor einbringen.

Folgende und weitere Nummern des EUROPA-MAGAZINs sind noch erhältlich. Bitte pro Bestellung Briefmarken für Fr. 4.- und einen adressierten und frankierten C5-Brief-Umschlag beilegen:

- EM 2/1996 Dossier «WWU»
- EM 1/1997 Dossier «Alternativen zur EU»
- EM 2/1997 Dossier «Echos de Suisse Romande»
- EM 3/1997 Dossier «Gleichstellungspolitik»
- EM 4/2000 Dossier «Europa der Regionen»
- EM 2/2005 EU und Deregulierung
- EM 2/2014 Direkte Demokratie und Grundrechte
- EM 2/2017 Dossier «EU und Sezessionismus»
- EM 2/2019 Dossier «Brexit»

Alle Nummern seit 1999 sind auf unserer Home-Page – auch als pdf-Version – dauerhaft einsehbar.



Wieso die Pharmaindustrie mehr Kontrolle braucht

Die EU und die Pharma in der Pandemie

Während einer Pandemie wird die Pharmaindustrie als Retterin bejubelt; es besteht allerdings die Gefahr, dass die Industrie die Krise nutzt, um ihr problematisches, gewinnmaximierendes Verhalten abzusichern. Sie möchte öffentliche Gelder für die Forschung, wenn möglich ohne Bedingungen und Verpflichtungen, sowie schärfere Patentregeln. Die Wunschliste der Industrie könnte den Zugang zu COVID-19 Medikamenten und Impfungen beschränken, wodurch die Pandemie zwecks Profitmaximierung verlängert würde. Die Kontrolle von Preisen und der Zugang zu Medikamenten darf nicht in privater Hand bleiben: Gesundheit ist ein Menschenrecht.

Von Rachel Tansey, Corporate Europe Observatory*

Corporate Europe Observatory hat Dutzende von EU-Dokumenten auf Grund der rechtlich gewährten Informationsfreiheit einsehen können – einschliesslich der Protokolle der wöchentlichen Kontakte zwischen der Pharma-Industrie und der EU-Kommission während der letzten Monate. Diese zeigen, wie die Industrie den Gewinn über eine wirksame Antwort auf die Pandemie stellt. Die Pharma-Industrie nutzte von Beginn an ihren privilegierten Zugang zur EU-Kommission, um gegen eine gemeinsame Beschaffung von Medikamenten durch die EU zu lobbyieren. Diese zielte auf eine Vermeidung von Konkurrenz um Medikamente zwischen den Mitgliedstaaten ab, was sich günstig auf die Preise auswirken würde. Es wurde auch versucht, die Länder gegeneinander auszuspielen – auf Kosten der Länder mit begrenzteren Ressourcen – um lukrative Vorkaufsverträge für potenzielle, neue Impfstoffe abzuschliessen – ohne Rücksicht auf das öffentliche Interesse. Zur Absicherung dieser Strategie war die Pharma-Industrie dann nicht gegen ein „gemeinsames“ Vorgehen. Durch das Schüren von Angst, in Zukunft unversorgt zu sein, versuchte man den Impfstoffnationalismus zu fördern und zur selben Zeit Patentrechte zu verschärfen, um das Gewinnmodell durch Monopolstellung zu schützen. Diese Politik droht die Pandemie zu verlängern, weil viele Länder sich Medikamente und Impfstoffe nicht werden leisten können.

2019 deckte *Corporate Europe Observatory*¹⁾ auf, wie die Pharma-Industrie versucht, ein regulatorisches System geistigen Eigentums abzusichern, das zwar ihre Aktionäre bereichert, aber zu hohen Preisen führt und den Zugang zu Medizin begrenzt. Dieses System lenkt die medizinische

* <https://corporateeurope.org/en/2020/09/power-and-profit-during-pandemic>. Beiträge von Olivier Hoedeman und Katharine Ainger. Mit Dank an Viviana Galli (European Alliance for Responsible R&D and Affordable Medicines) und Leigh Haynes (Peoples Health Movement). Übersetzt von Paul Ruppen – in der vorliegenden, leicht gekürzten Version sind einige Quellenangaben nicht erwähnt (lange URLs). Um diese einzusehen, sei auf das englische Original verwiesen. Zudem gibt es in der Originalausgabe noch etliche Fussnoten, die ebenfalls nicht übersetzt wurden. Manche Dokumente, vor allem der Brief-Verkehr zwischen EU-Kommission und Pharma-Industrie – können im englischen, elektronischen Original direkt abgerufen werden, ohne dass dort ein funktionierender URL zu finden war.

¹⁾ <https://corporateeurope.org/en/2019/05/high-prices-poor-access-eu-medicines-market-and-big-pharma>

Forschung und Entwicklung (R&D) in Richtung der Entwicklung der profitabelsten Medikamente, während finanziell weniger interessante Bereiche wie armutsbedingte Krankheiten und Vorbereitungen auf Pandemien vernachlässigt werden. Da COVID-19 Hunderttausende von Toten rund um die Erde verursacht²⁾, verdient das Lobbying der Pharma-Industrie – bei deren zentralen Rolle bei der Entwicklung und von Medikamenten und Impfstoffen – die volle Aufmerksamkeit.

Diskussionen über Profit und Macht werden während eines weltweiten Gesundheitsnotfalls noch wichtiger: Kontrolle von Patenten, Preisen und des Zugangs zu Medikamenten hat Auswirkungen auf das Leben. Die Pandemie hat stärkere Auswirkungen auf tiefere sozio-ökonomische Schichten und Minderheiten.³⁾ Die Krankheit und die Massnahmen, die getroffen werden, um sie zu kontrollieren⁴⁾, verschärfen vorliegende Ungleichheiten.⁵⁾ Es ist deshalb entscheidend, dass Medikamente und Impfstoffe für alle zugänglich und erschwinglich sind – nicht nur in Europa, sondern weltweit.

Die EFPIA lobbyiert gegen faire COVID-19-Medikamenten-Preise

Etliche Pharma-Unternehmen gelobten während der Pandemie, die globale Gesundheit vor Profite zu stellen. Dokumente, die von *Corporate Europe Observatory* eingesehen werden konnten – oft nach langen Fristen – legen aber offen, dass die Europäische Föderation pharmazeutischer Industrien und Verbände (European Federation of Pharmaceutical Industries

²⁾ <https://www.ecdc.europa.eu/en/geographical-distribution-2019-ncov-cases>

³⁾ <https://academic.oup.com/eurpub/article/30/4/617/5868718>

⁴⁾ <https://eurohealthnet-magazine.eu/learning-the-lessons-of-the-past-to-restore-the-nations-health-and-prevent-widening-health-inequalities-post-covid-19/>

⁵⁾ https://academic.oup.com/eurpub/article/27/suppl_1/22/3045943



and Associations, EFPIA, <https://www.efpia.eu/>) gegen einen fairen Zugang zu Pandemie-Medikamenten bei erschwinglichen Preisen in der EU lobbyierte.

Das Protokoll eines Anrufs vom 9. März 2020 – während der ersten Pandemie-Welle – des EU-Gesundheitskommissars Kyriakides und des Binnenmarkt-Kommissar Breton mit der Pharma- und Medizinalgüterindustrie legt offen, dass die EFPIA die Meinung vertritt, dass „sie es vorziehen würden, die neuen Medikamente mittels der übliche Kanäle zu verteilen und eine gemeinsame Beschaffung durch die EU ablehnt“. Die ‘üblichen Kanäle’ bedeuten Preisbildungsverhandlungen auf mitgliedstaatlicher Ebene, was der Pharma höhere Preise und das Unterlaufen der Preis-Transparenz erlaubt.

Bezüglich möglicher COVID-19 Impfstoffe lehnt die Untergruppe *Vaccines Europe* der EFPIA eine gemeinsame Beschaffung nicht mehr so klar ab, sofern eine solche Beschaffung mit Vorkaufs-Abkommen verknüpft ist, welche der Pharma günstige Arrangements bietet.⁶⁾

Risiko einer Pandemie-Verlängerung

Dank der Industrie-Taktik, Angst bezüglich des Zugangs zu Impfstoffen zu schüren, (s. Kasten ‘Unterstützt uns oder zieht den Kürzeren’), und auf Grund der aggressiven Trump-Devise ‘America First’ und deren Auswirkungen auf die Beschaffung von möglichen COVID- Wirkstoffen (z.B. Aufkauf der globalen Angebots des antiviralen Remdesivirs⁷⁾) liessen sich zuerst mehrere Mitgliedstaaten⁸⁾ und dann die EU-Kommission auf Verhandlungen mit Pharma-Unternehmen bezüglich Vorkaufsrechten ein – für Millionen von Impfdosen, bezüglich derer künftigen Wirksamkeit man nichts weiss. Diese für die Industrie lukrativen Geschäfte wurden unter Ausschluss der Öffentlichkeit geführt⁹⁾. Es werden öffentliche Gelder eingeschossen, um die Risiken von Multis zu vermindern und – ganz übel – versuchen diese handkehrum, die Haftung bezüglich der Impfstoffe abzuwälzen.¹⁰⁾ Zu allem Überflus will man bezüglich Preisen und Zugangsregelungen keine Beschränkungen akzeptieren.

Die *Financial Times* deckte im August 2020 auf, dass *Vaccines Europe* in der EU lobbyiert, um gegenüber Strafverfolgung oder andere Forderungen bei Problemen mit den neuen COVID-19- Impfungen Immunität zu erlangen.¹¹⁾ Ein durchgesickertes Memo der *Vaccines Europe* zeigt, dass die Lobby-Gruppe ein „Kompensationssystem“ und eine „Haftpflicht-Befreiung“ verlangt. Ein EU-Sprecher bestätigte, dass die EU-Kommission gegenüber Forderungen offen sei, den Firmen bei Haftpflichtproblemen zu helfen – dies im Rahmen

⁶⁾ *Vaccines Europe’s* June 2020 position paper, <https://www.vaccineseurope.eu/news/position-papers/vaccines-europes-position-on-joint-procurement-of-vaccines-in-europe>

⁷⁾ <https://www.theguardian.com/commentisfree/2020/jul/04/trump-remdesivir-covid-19-drug>

⁸⁾ <https://epha.org/getting-it-right-covid19-vaccines-procurement/>

⁹⁾ <https://uk.reuters.com/article/us-health-coronavirus-eu-vaccines-exclus/exclusive-eu-talks-with-pfizer-sanofi-jj-on-covid-vaccines-hit-snags-sources-idUKKCN24S1YQ>.

¹⁰⁾ <https://twitter.com/YNatsis/status/1297825252458803200>

¹¹⁾ <https://www.ft.com/content/12f7da5b-92c8-4050-bcea-e726b75eef4d>

'Unterstützt uns oder zieht den Kürzeren'

Im Mai 2020 warnte Paul Hudson, Chief Executive des französischen Medikamenten-Multis Sanofi, dass die USA einen möglichen COVID-19 Impfstoff zuerst erhalten könnten (<https://www.bloomberg.com/news/articles/2020-05-13/u-s-to-get-sanofi-covid-vaccine-first-if-it-succeeds-ceo-says>) Wieso? Weil die USA – durch ihre Biomedical Advanced Research and Development Authority (BARDA) – Sanofi \$30 Millionen für die Forschung hatte zufließen lassen. Gemäss Hudson legte BARDA nicht fest, wie viele Dosen und zu welchem Preis die USA den Impfstoff zu erhalten hätten. Die BARDA würde darauf vertrauen, dass Sanofi verantwortlich handeln und den Impfstoff zu einem erschwinglichen Preis anbieten werde.

Hudson ist sehr glücklich bezüglich des Fehlens von Bedingungen bei der finanziellen Unterstützung der Entwicklung und Forschung. Er erklärt die Förderung durch BARDA zum „Modell“ für die Zusammenarbeit mit der Industrie: öffentliche Gelder, um die Forschungsinvestitionen der Firmen risikolos werden zu lassen – die Gelder fließen, ob der Impfstoff wirksam und sicher ist oder nicht – und wenn der Impfstoff erfolgreich ist, behält die Firma das geistige Eigentum, kann den Preis diktieren und die Profite abschöpfen. Länder, die bei diesem Modell mitmachen, werden in der Folge bei der Lieferung bevorzugt.

der Vorkaufsverträge (Advance Purchase Agreements, APAs), die mit den Pharma-Unternehmen verhandelt würden. Mit diesen APAs bezahlen Regierungen für Impfstoffe, die noch nicht entwickelt sind und sie decken damit eventuelle Verluste der Industrie. Yannis Natsis der *European Public Health Alliance* warnt, dass seine Haftpflicht-Befreiung einen gefähr-

lichen Präzedenzfall schaffe und zudem das Vertrauen der Bevölkerung in die Impfstoffe unterminieren würde. Natsis betont: „Regierungen müssen dem Druck der Pharma-Industrie standhalten und müssen transparent bleiben“. Die EU-Kommission hat einen Vorkauf-Vertrag mit Pharma-Unternehmung AstraZeneca abgeschlossen und verhandelt mit Johnson & Johnson, CureVac, Moderna, GSK, Sanofi, und anderen.

Im August 2020 deckte eine Belgische Zeitung auf, dass der frühere EFPIA-Direktor Richard Bergström einer der sieben



Mitglieder des EU-Verhandlungsteams ist, das die Impfstoff-Verträge mit den Pharma-Unternehmen verhandelt. Bergström war während Jahren ein führender Pharma-Lobbyist in Brüssel, der immer noch bei zwei Firmen involviert ist, die Dienstleistungen für die Pharma-Industrie anbieten (Hölzle Buri & Partner Consulting und PharmaCCX). Einer solchen Person zu erlauben, Impfstoff-Verträge zu verhandeln, welche die Gesundheit von Hunderten von Millionen Bürgerinnen und Bürger betreffen, ist offensichtlich ein Rezept für Interessenkonflikte. Die Namen der übrigen sechs Impfstoff-Verhandlungsteilnehmer der EU sind geheim.

Der Mangel an Transparenz bei den Impfstoff-Verhandlungen¹²⁾ und den bereits abgeschlossenen Impfstoff-Verträgen¹³⁾, insbesondere bezüglich Preisen, Patenten, Haftung und anderen Aspekten – ruft dringend nach einer Korrektur: das öffentliche Interesse muss gegenüber ‘Geschäftsgeheimnissen’ während einer globalen Pandemie Vorrang haben, zu Gunsten der Sicherheit der Patienten, des Vertrauens der Öffentlichkeit und des Vertrauens in die Impfstoffe. Das ist aber nicht alles: Die EU-Strategie – indem sie Argumenten nachgibt, welche Impfstoff-Nationalismus und Konkurrenz zwischen den Staaten begünstigen – wird die Pandemie in die Länge ziehen¹⁴⁾ und zu grösseren Verlusten an Menschenleben führen.

Argumente, welche die Angst vor Dem-zu-Spät-Kommen ausbeuten, oder welche die Bekämpfung von COVID-19 als ein Nullsummen-Spiel darstellen (d.h. wenn einer gewinnt, verliert der andere), funktionieren politisch nur, wenn die Bürgerinnen und Bürger das Patent-Monopol-Modell akzeptieren, das die Industrie so verbissen verteidigt. Wenn Behandlungen, Impfstoffe und Produktionstechnologien nicht in geistiges Eigentum verwandelt werden, so dass die Industrie bestimmen kann, wer wo wieviel wovon produziert, und wenn statt dessen offene Wissenschaft und freier Technologietransfer begünstigt werden, würde die Angstmacherei vom Zu-Spät-Kommen viel weniger Macht haben und die Länder nicht in gegenseitige Konkurrenz treiben. Und nur die reichsten Länder haben eine Chance, diese Art von Konkurrenz zu gewinnen.

Die verfolgte Strategie widerspricht der von der EU-Kommissions-Präsidentin versprochenen Politik¹⁵⁾, COVID-19- Impfstoffe als „ein universelles, öffentliches Gut“ zu betrachten, das überall zur Verfügung zu stehen hat und das für alle zugänglich sein soll. Und die EU hatte nach dem Ausbruch der Schweinegrippe 2009 ein Übereinkommen verabschiedet zur gemeinsamen Beschaffung von Medikamenten¹⁶⁾ – als Antwort auf die ungleichen Möglichkeiten der Mitgliedstaaten, Pandemie-Impfstoffe und Medikamente einzukaufen. Das Abkommen zielte auf „einen gerechten

Zugang zu spezifischen medizinischen Massnahmen... zusammen mit ausgeglicheneren Preisen“.

Fairer und gerechter globaler Zugang zu Medikamenten und Impfstoffen – wobei mit den Angestellten des Gesundheitssystems und Risikogruppen in allen Ländern zu starten ist – ist entscheidend, um die Pandemie in Griff zu kommen. Sonst wird die Seuche überall dort weiter wüten, wo der Zugang zu Medikamenten beschränkt ist – durch zu hohe Preise, durch Pharma-Monopole, die zu beschränkter Produktion führen oder durch den Impfstoff-Nationalismus reicher Länder, die sich darum drängeln, alle Dosen möglicher Impfstoffkandidaten aufzukaufen. Der UNO-Generalsekretär brachte es auf den Punkt¹⁷⁾ als er betonte „Kein Land ist

Das Beispiel der HIV/AIDS-Medikamente

Die Geschichte des Verhaltens der Pharma-Industrie bezüglich der Preisbildung bei HIV/AIDS-Medikamenten erlaubt wenig Optimismus, dass einer sich selbst überlassenen Pharma-Industrie in einer Gesundheitskrise zu trauen ist.

Antiretrovirale Medikamente zur Behandlung von HIV/AIDS standen in den reichen Ländern Mitte der 1990er Jahre zur Verfügung. Es brauchte aber ein Jahrzehnt des politischen Aktivismus – und Millionen von Toten – bevor die lebensrettenden Behandlungen in ärmeren Ländern zugänglich wurden (<https://www.theguardian.com/commentisfree/2020/apr/15/coronavirus-treatment-drug-companies>). Der Grund dafür war die Preisbildung der Pharmaindustrie. Die Monopole, die auf Patenten gründen, erlaubten es der Industrie, die Preise hoch anzusetzen (um die •7,200 pro Jahr und Person), so dass viele der am meisten betroffenen Ländern sich die Medikamente nicht leisten konnten (<https://www.theguardian.com/commentisfree/2020/apr/15/coronavirus-treatment-drug-companies>). Es gibt eine gut dokumentierte Darstellung davon, wie die reichen Länder Handelsregeln und Patent-Regeln formulieren, um die Interessen ihrer Pharma-Unternehmen voranzutreiben – auf Kosten des Zugangs des globalen Südens zu Medikamenten (Peter Drahos, *Expanding Intellectual Property's Empire: the Role of FTAs*).

sicher und gesund bis alle Länder sicher und gesund sind.“ Wenn die Seuche in Ländern weiter wütet, die durch zu hohe Preise keine Medikamente oder Impfstoffe kaufen können, dann wird selbst ein Land mit einer breiten Durchimpfung verletzlich bleiben – solange nicht jedermann geimpft ist oder geimpft werden kann oder wenn die Impfstoff-Immunität

¹²⁾ https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_20_1513

¹³⁾ https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_20_1513

¹⁴⁾ <https://hbr.org/2020/05/the-danger-of-vaccine-nationalism>

¹⁵⁾ https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/SPEECH_20_916

¹⁶⁾ https://ec.europa.eu/health/security/preparedness_response_en

¹⁷⁾ <https://twitter.com/antonioguterres/status/1297663658353278976>



abnimmt. Zudem wären die Kosten für Grenzkontrollen, Quarantänen und Reisebeschränkungen für Gegenden, in denen COVID-19 immer noch verbreitet ist, kolossal. Impfstoffnationalismus ist nicht nur unethisch, sondern ist epidemiologischer und ökonomischer Unsinn.

Pharma-Offensive zur Bewahrung der Monopole

Die Aktivitäten der Pharma-Industrie zielen auf eine zusätzliche Verankerung geistiger Eigentumsrechte, die extravagante Gewinne für die Shareholder generieren. Im Dezember 2019, kurz bevor COVID-19 Europa erfasste, lobbyierte das Pharmaunternehmen Merck bei der EU-Kommission für einen EU-einheitlichen zusätzlichen Patentschutz – der den Unternehmen EU-weit Monopole gewährleisten würde. Durch die EU-weite Geltung kann die Industrie vermeiden, in jedem Mitgliedstaat entsprechende Absicherungen vorzunehmen. Die Industrie argumentierte, dass „medizinische Bedürfnisse (und andere Herausforderungen bezüglich des Zugangs zu Medizin) nicht befriedigt werden können, wenn das Patentrecht abgeschwächt würde“.

Durchs Jahr 2020 hindurch verstärkte die EFPIA die Botschaft, dass die EU den Schutz der Patente verschärfen solle¹⁸⁾, insbesondere zielte sie auf die Beeinflussung der von der EU-Kommission geplanten Pharmazeutischen Strategie.¹⁹⁾ Und obwohl es eine wachsende und verbreitete Kritik am Patent-Monopol-Modell gibt, sind viele Mitglieder der EU-Kommission immer noch sehr empfänglich für die Avancen der Pharma-Industrie.

EU-Dokumente zeigen, wie nahe manche EU-Kommissionsabteilungen bei der Pharma-Industrie stehen, wenn es darum geht, die Monopolprivilegien zu schützen. So beruhigte etwa die Generaldirektion Taxud (Steuern und Zollunion) die EFPIA im Dezember 2019, dass sie den Schutz geistigen Eigentums als „wesentlich und profitabel für die Wirtschaft und für die Gesundheit der EU-Bürger“ betrachte.²⁰⁾ Und im Januar 2020 bezog sich die Generaldirektion Handel auf die EFPIA, als sie schrieb: die EFPIA „schätzte unseren letzten Bericht – der ihren Input gut wiedergab – zum geistigen Eigentum sehr“²¹⁾ Die Generaldirektion lud die EFPIA ein, „Informationen über die Prioritäten der Pharma-Industrie für die Verhandlungen über ein Kontinentales Afrikanisches Freihandelsgebiet zu liefern“.²²⁾ Da leuchten alle Alarmglocken, wenn man die Vergangenheit betrachtet (s. Kasten „Das Beispiel der HIV/AIDS Medikamente“).

In Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie betont die EFPIA, dass das Recht auf geistiges Eigentum „eine rasche Forschungs- und Entwicklungsantwort“ auf COVID-19

erlaube, und dass der einzige Grund für die Entwicklung möglicher Medikamente der wirksame Schutz des geistigen Eigentums ist.²³⁾

Kritiker der Pharma-Industrie²⁴⁾ meinen allerdings, dass das Monopol-Geschäftsmodell tatsächlich einer der Gründe ist, wieso wir nicht besser auf die Pandemie vorbereitet sind und dass wir deshalb auch in der Grundlagenforschung rund um die Corona-Impfstoffe nicht weiter sind. Dass eine solche Pandemie wahrscheinlich ist, war bekannt. Die Pharma-Industrie hatte aber wenig Interesse, sich darauf vorzubereiten: die ungewissen, allfälligen Gewinne, die bei künftigen Krankheiten zu realisieren sind, können nicht mit den garantierten Gewinnen bei Blockbuster-Medikamenten²⁵⁾, bei Arzneimitteln für seltene Leiden (orphan drugs), bei Imitaten existierender Medikamente (me-too-Drugs) oder mit der Praxis, Patente von Medikamenten durch kleine Veränderungen an der Rezeptur zu verlängern (evergreening) konkurrenzieren.²⁶⁾ Es sind diese Strategien, die auf Patenten ruht, welche die Gewinne der Shareholder maximieren. Es muss in diesem Zusammenhang betont werden, dass viele Pharmaunternehmen mehr für Aktienrückkauf und Dividenden ausgeben als für Entwicklung und Forschung.²⁷⁾ Darum verloren – nach Forschungen in den frühen 2000er Jahren bei den Corona-Virus Ausbrüchen SARS und MERS – die Unternehmen und die Regierungen das Interesse an weiterer Forschung, als die Fälle zurückgingen und es nicht nach einem gewinnbringenden Markt aussah. Deshalb wurde bis heute kein Impfstoff gegen Corona-Viren entwickelt.²⁸⁾

Es ist erwähnenswert, dass einer der vielversprechendsten Impfstoff-Kandidaten vom teilweise öffentlich finanzierten Oxforder Universitätsinstitut Jenner²⁹⁾ entwickelt wurde, das seine Impfstoff-Forschung bezüglich MERS fortgeführt hatte und sich dann auf COVID-19 Impfstoff-Forschung

¹⁸⁾ <https://www.efpia.eu/news-events/the-efpia-view/statements-press-releases/23042019-the-route-out-from-under-the-cloud-of-coronavirus/>

¹⁹⁾ <https://www.efpia.eu/news-events/the-efpia-view/statements-press-releases/efpia-response-to-the-consultation-on-the-pharmaceutical-strategy-roadmap/>

²⁰⁾ Ref. Ares (2020)453105 - 24/01/2020

²¹⁾ Ref. Ares(2020)2433183 - 07/05/2020

²²⁾ Ref. Ares(2020)453105 - 24/01/2020

²³⁾ <https://www.efpia.eu/news-events/the-efpia-view/blog-articles/trade-policy-and-covid-19-openness-and-cooperation-in-times-of-a-pandemic/>

²⁴⁾ z.B. <https://newrepublic.com/article/157594/no-coronavirus-vaccine-big-pharma-drug-patent-syste>

²⁵⁾ Als Blockbuster-Medikament bezeichnet man ein auf dem Pharmamarkt besonders erfolgreiches Medikament, das jährlich einen Umsatz von mehr als einer Milliarde US-Dollar erzielt

²⁶⁾ <https://www.msf.org/6-things-big-pharma-doesn%E2%80%99t-want-you-know-access-medicines>

²⁷⁾ William Lazonick, Matt Hopkins, Ken Jacobson, Mustafa Erdem Sakinç and Öner Tulum*, US Pharma's Financialized Business Model, Working Paper No. 60, July 13, 2017

²⁸⁾ <https://www.ncbi.nlm.nih.gov/pmc/articles/PMC7177048/>

²⁹⁾ <https://www.jenner.ac.uk/about/funders-partners>, <https://www.ox.ac.uk/news/2020-02-07-oxford-team-begin-novel-coronavirus-vaccine-research>



konzentrierte. Die Universität Oxford unterzeichnete dann allerdings einen exklusiven Vertrag mit AstraZeneca und übertrug dieser Grossunternehmung die Alleinrechte – ohne Garantie für tiefe Preise³⁰⁾, eine Rechtsumkehr nach den früheren Mitteilungen, dass man die Rechte allen Medikamentenherstellern überlassen werde.

Die EU-EFPIA Partnerschaft, die *Innovative Medicines Initiative* (IMI), ist ein anderes Beispiel für die profit-basierte Politik der Pharma-Industrie. Der Auftrag der IMI besteht eigentlich darin besteht, vernachlässigte Bereiche der medizinischen Forschung zu bearbeiten. Im Mai 2020 wies Corporate Europe Observatory³¹⁾ aber nach, wie die Dominanz der EFPIA in der IMI das öffentliche Interesse bei Seite schob. Insbesondere weigerte sich die IMI unter dem Einfluss der EFPIA auf den EU-Vorschlag einzugehen, Krankheitserreger wie die Corona-Viren zu erforschen, um entsprechende Impfstoffe entwickeln zu können. Stattdessen begünstigte man die Forschung zu gewinnbringenderen Krankheiten, für deren Forschung es auch sonst nicht an Geld mangelt.³²⁾

Professor Brook Baker³³⁾, Experte für Geistiges Eigentum und Befürworter des offenen Zugangs zu COVID-19 Technologien, fasst zusammen, wieso das Geistige Eigentum ein Haupthindernis für die Bändigung der Krankheit ist³⁴⁾: Die Monopole, die auf geistigem Eigentum beruhen, verhindern nicht nur eine offene Wissenschaft, die wir benötigen, um den medizinischen Fortschritt zu beschleunigen, um neue Tests, Therapien, Impfstoffe und Medizinische Güter zu entwickeln. Diese Monopole begrenzen die Produktion auf einzelne Produzenten, die allein die globale Nachfrage nicht stillen können. Sie sind vielmehr daran interessiert, die Preise hoch zu halten und die reichen und mächtigen Länder zu bevorzugen.

Nur schon die Idee, Technik und Wissen – sogar freiwillig – mittels des WHO-COVID-Pools zusammenzuführen, um wissenschaftliche Forschung zu erleichtern und die Produktionskapazitäten zu erhöhen, führte zu zornigen Reaktionen der Big Pharma³⁵⁾. Pfizer bezeichnet diese WHO-Initiative als „gefährlich“ und „unsinnig“, während AstraZeneca meinte, die Unternehmungen sollten stattdessen während der Pandemie „freiwillig ihr Produkte ohne Gewinne liefern“. Im Wesentlichen wollen die Pharma-Unternehmen das Geistige Eigentum für sich pachten, zusätzlich öffentliche Gelder für die Entwicklung und Forschung: im Gegenzug sollen wir ihnen vertrauen, dass sie uns gut behandeln werden (s. Kasten 'Das Beispiel der HIV/AIDS Medikamente' für die Einschätzung solcher Wünsche).

³⁰⁾ <https://fortune.com/2020/08/24/oxford-astrazeneca-covid-vaccine-deal-pricing-profit-concerns/?fbclid=IwAR0qQktWTj2xK2bqWLEkVZsQmJ-xfjRE3Hh5wlV10z1DzjaS-vGuF6HooP8>

³¹⁾ <https://corporateeurope.org/en/in-the-name-of-innovation>

³²⁾ <https://www.theguardian.com/world/2020/may/25/exclusive-big-pharma-rejected-eu-plan-to-fast-track-vaccines-in-2017>

³³⁾ <https://www.northeastern.edu/law/faculty/directory/baker.html>

³⁴⁾ <https://healthgap.org/press/with-access-to-life-saving-covid-19-medicines-and-diagnostics-at-risk-health-gap-joins-the-call-for-creation-of-emergency-technology-ip-pool-benefiting-all-countries/>

³⁵⁾ <https://www.statnews.com/pharmalot/2020/05/28/who-voluntary-pool-patents-pfizer/>

Eine weiteres Beispiel: das Pharma-Unternehmen GSK schrieb dem EU-Kommissar Kyriakides im April 2020³⁶⁾ bezüglich der Impfstoffzusammenarbeit mit der Unternehmung Sanofi, dass beide Firmen „sich verpflichtet fühlten, einen durch Zusammenarbeit entwickelten Impfstoff erschwinglich für die Öffentlichkeit zu machen – mittels Massnahmen, die einen fairen Zugang zum Impfstoff in allen Ländern erlauben“.³⁷⁾ Die Botschaft ist klar: wir werden uns korrekt verhalten; es ist nicht nötig, irgendwelche Massnahmen zu Gunsten des öffentlichen Interesses zu treffen. Ziel dieser scheinbar altruistischen Deklarationen ist es, die Zugangskontrolle in privater, gewinnorientierter Hand behalten. Zudem sind solche Zusicherungen vage, weder rechenschaftspflichtig noch verifizierbar, auf Grund des Fehlens jeglicher Kosten- und

Die Feuerkraft der Pharma-Industrie-Lobby

Die Pharma-Industrie gibt beträchtliche Beträge aus, um in Brüssel Lobbying zu betreiben. Die Top Ten der ausgabenfreudigsten Unternehmen geben gegenwärtig zusammen zwischen •14.75 und •16.5 Millionen pro Jahr fürs Lobbying in Brüssel aus. Zudem schliessen sie sich zu Pharma-Lobby-Gruppen zusammen: die Top Fünf dieser geben an, zusammen zwischen •5.7 und •6 Millionen jährlich auszugeben, gemäss dem EU-Lobby-Transparenz-Register. Insgesamt beschäftigt die Pharma-Industrie ca. 175 Lobbyisten in Brüssel, um die Entscheidungen der EU zu beeinflussen. Es gibt 58 Pharma-Lobbyisten mit ständiger Zugangserlaubnis zum EU-Parlament. Die Pharma-Industrie und deren Lobby-Gruppen hatten seit 2015 beinahe 200 Treffen mit den höchsten Stellen der EU-Kommission, 85 davon seit Beginn der COVID-19-Pandemie. Das volle Bild der Pharma-Lobby-Ausgaben müsste zusätzlich die grossen Beträge umfassen, welche für Lobby-Beratungs-Büros, think tanks, und Patientenorganisationen ausgegeben werden. Eine vertiefte Analyse durch Corporate Europe Observatory im Jahr 2015 kam zum Schluss, dass der Sektor pro Jahr insgesamt über •40 Millionen ins Lobbying investiert (<https://corporateeurope.org/en/power-lobbies/2015/09/policy-prescriptions-firepower-eu-pharmaceutical-lobby-and-implications-public>)

Gewinn-Transparenz der Pharma-Industrie.³⁸⁾ Wie die AIDS-Krise zeigte, hat die Pharma-Industrie eine gut dokumentierte Geschichte hinter sich, Gewinn über Leben zu stellen.

Im ähnlichen Geist lancierte die EFPIA einen eigenen Vorschlag, wie man mit dem Problem hoher Medikamentenpreise umgehen könnte, da viele Länder die teuren neuen Medikamente nicht bezahlen können. Im Juli 2020 lancierte die EFPIA ihr „Neues Preis- und Zahlungsmodell“, wobei der

³⁶⁾ Ref Ares(2020)2088587

³⁷⁾ <https://www.globenewswire.com/news-release/2020/04/14/2015521/0/en/Sanofi-and-GSK-to-join-forces-in-unprecedented-vaccine-collaboration-to-fight-COVID-19.html>

³⁸⁾ <https://www.globaljustice.org.uk/blog/2020/jul/21/4-reasons-we-should-be-worried-about-big-pharmas-grip-over-publicly-funded-covid-19>



Verband die EU-Direktion Gesundheit bereits im Januar damit bearbeitete (Ares (2020)240630-15/07/2020). Das Modell sieht vor, Medikamente über die Zeit hinweg zu bezahlen: Medikamente würden über einen bestimmten Zeitraum hinweg zu einem konstanten Preis bezahlt werden, um hohe Startkosten zu umgehen. Dies würden die Länder zu Schuldnern der Pharma-Unternehmen werden lassen: der Kauf eines lebensrettenden Medikaments wäre dann so etwas wie der Kauf eines teuren Autos auf Kredit.

Solche Modelle wollen, dass Regierungen hohe Preise akzeptieren – und es wird unterschlagen, wie hoch die öffentlichen und karitativen Investitionen in die Entwicklung und Forschung solcher Therapien sind und wie intransparent die Unternehmungen bezüglich Entwicklungs- und Forschungs-Kosten sind. Die Rechtfertigung der EFPIA besteht darin, zu behaupten, ihr Modell sei „Wert basiert“: bei der Preisbildung gehe es nicht nur um den therapeutischen Nutzen. Der Medikamentenpreis müsste auch den ökonomischen Nutzen für den Patienten sowie den gesellschaftlichen Wert einer Heilung reflektieren. Eine solche, haarsträubende Argumentation kann praktisch jeden Preis für jedes Alltagsprodukt rechtfertigen: man kann sich vorstellen, wieviel Autogurten, Feuermelder oder etwa Seife kosten würden, wenn man den Nutzen dieser Objekte – wie das Sinken von Gesundheitskosten – dem Preis dieser Güter hinzufügte.

Wenn man sich vorstellt, dass zu den Preisen für COVID-19-Medikamenten oder -Impfstoffen der Wert von verhinderten Lockdowns hinzugeschlagen würden, würden diese unvorstellbar teuer und für den grössten Teil der Bevölkerung unerschwinglich. Obwohl die Pharma-Industrie bezüglich der COVID-19 Pandemie von diesem Modell absieht, ist die Argumentation doch ein Warnsignal bezüglich des Hochpreis-Modells, das die Industrie verfehlt. Und bereits jetzt weigert

sich die US Firma Moderna, ihre mögliche COVID-Impfung zum Selbstkostenpreis abzugeben, obwohl sie eine Milliarde Dollar öffentliche Gelder für deren Entwicklung erhielt. Trotz ihrer Werbung darf man die Entscheidungen bezüglich Preisbildung, Medikamentenzugang und Technologietransfer nicht dem guten Willen der Pharma-Unternehmungen überlassen.

Schlussfolgerung

Die COVID-19 Pandemie ist eine globale Krise und Gesundheit ist ein universelles Menschenrecht. Erfolgreiche, sichere und wirksame Behandlungen und Covid-Impfstoffe sollten ein öffentliches Gut sein – für alle zugänglich und erschwinglich. Wir dürfen uns nicht durch die Versprechen der Pharma-Industrie täuschen lassen: wie ihr stetiges Lobbying auf EU-

Ebene zeigt, stellt diese ihre private Interessen und ihre Gewinne vor die öffentliche Gesundheit – selbst während einer Pandemie.

Es gibt auch Anzeichen dafür, dass die Industrie die krisenbedingten, regulatorischen Flexibilitäten und den gewachsenen politischen Zugang zu politischen Entscheidungsträgern als neue Normalität installieren möchten.³⁹⁾ Die EFPIA fordert von der EU-Kommission, auf höchster Ebene ein Forum zum „besseren Zugang zu Gesundheits-Innovationen“ zu gründen. Die EFPIA schreibt, das Forum solle eine „Analyse der Gründe für den ungleichen Zugang von Patienten zu Medizin und deren ungleichen Verteilung“ vornehmen. Das Ziel der Initiative wird im Folgenden klar: „eine solche Analyse wird zeigen, dass effektive, gezielte Antworten – bezüglich Zugang und Erschwinglichkeit – nicht in einer Reduktion der Innovations-Anreize liegen wird.“⁴⁰⁾ Es geht also um Patentschutz.

Die Kritik am „Geistigen Eigentum“ und an der damit verbundenen Anreizstruktur, die primär den Shareholdern und den Managern dient, will keineswegs die Anstrengungen all jener, welche im öffentlichen und privaten Sektor daran arbeiten, Behandlungen, Technologien und Impfstoffe für COVID-19 zu entwickeln, schmälern. Die Behauptung der Pharma-Industrie, bei vermindertem Schutz des „Geistigen Eigentums“ würde Innovation zusammenbrechen, hält einer genaueren Betrachtung nicht stand. Es gibt Alternativen⁴¹⁾: Modelle etwa, die offen, kooperativ sind und die Forschung und Entwicklung an menschlichen Bedürfnissen ausrichten und damit Gefahren früh erkennen können.⁴²⁾

Bewegungen der Zivilgesellschaft rund um den Globus setzen sich dafür ein, dass die Antwort auf die Pandemie auf internationaler Zusammenarbeit und Solidarität ruht, statt auf Nationalismus und Monopolprofiten⁴³⁾

Die Pandemie betrifft alle und überall – das ergibt einiges an Bevölkerungsmacht! Und es liegt an uns, diese zu nutzen und zu verlangen, dass öffentliche Investitionen mit Forderungen im öffentlichen Interesse (Preise, Zugang, und offene Wissenschaft) kombiniert werden. Es muss darauf bestanden werden, dass Monopole, die auf geistigem Eigentum ruhen, während einer globalen Pandemie nicht akzeptabel sind und dass COVID-19-Forschung und -Wissen öffentlich zugänglich sind. Es ist von den Politikern zu verlangen, notfalls die Monopole der Industrie zu brechen, wenn Firmen diese missbrauchen und hohe Preise verlangen. ■

³⁹⁾ <https://www.efpia.eu/news-events/the-efpia-view/blog-articles/the-covid-19-regulatory-road-to-innovation/>

⁴⁰⁾ <https://www.efpia.eu/news-events/the-efpia-view/statements-press-releases/building-on-the-european-commission-s-roadmap-for-the-eu-pharmaceutical-strategy/>

⁴¹⁾ <https://www.ucl.ac.uk/bartlett/public-purpose/publications/2018/oct/peoples-prescription>

⁴²⁾ <https://newrepublic.com/article/157594/no-coronavirus-vaccine-big-pharma-drug-patent-system>

⁴³⁾ z.B. People's Health Movement (<https://phmovement.org/eact/>); WeMove und die European Alliance for Responsible R&D and Affordable Medicines. (<https://act.wemove.eu/campaigns/coronavirus-vaccine-affordable>); die EU-Bürgerinitiative (https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_20_1499)



Feigenblatt und trojanisches Pferd

Der EU-Corona-"Wiederaufbaufonds"

Die geplanten Milliarden des EU-Corona-Wiederaufbaufonds, die als Zuschüsse ausbezahlt werden sollen, erregen Aufsehen und Streit. Es gehe um europäische Solidarität meinen die einen, es gehe darum, eine Schuldenunion zu verhindern, meinen die anderen. Beides liegt daneben.

Von Gerald Oberansmayr*

Die Regierungschefs Merkel und Macron haben vorgelegt, EU-Kommissionspräsidentin Van der Leyen ist nachgetrippelt: 750 Milliarden sollen von der Kommission an Anleihen aufgenommen werden, um dann anschließend im Rahmen des EU-Budgets 2021-2027 an die Corona-geplagten EU-Staaten in Form von Zuschüssen verteilt zu werden. Dieser sog. „Wiederaufbaufonds“ erregt derzeit großes Aufsehen und Streit. Die Summe ist schließlich kein Klacks.

Gewinner und Verlierer der Währungsunion

Schaut man etwas ins Detail, relativiert sich diese Zahl gewaltig. Sie ist bestenfalls ein Feigenblatt für die Wunden, die in etlichen EU-Staaten durch die Einführung der Währungsunion geschlagen wurden. Es gibt eine Studie aus dem Jahr 2019 über Gewinner und Verlierer der Währungsunion, über die so gut wie nicht berichtet wird, obwohl (oder weil) sie politischen Sprengstoff enthält. Diese Studie stammt vom *Centrum für Europäische Politik*, einem mainstreamigen Think Tank, in dessen Kuratorium sich u.a. der ehemalige EU-Kommissar Frits Bolkestein oder der (mittlerweile verstorbene) deutsche Präsident Roman Herzog befinden bzw. befanden. Die Studie „20 Jahre Euro – Gewinner und Verlierer“^[1] kommt zu einem eindeutigen Ergebnis: Deutschland hat im Zeitraum 1999 bis 2017 enorm gewonnen: Fast 1,9 Billionen Euro zusätzliches Bruttoinlandsprodukt (BIP) errechneten das CEP akkumuliert über diesen Zeitraum. Auch die Niederlande steigen mit über 1,1 Billionen Euro deutlich positiv aus. Auf der anderen Seite erlitten andere Länder horrende Verluste: Italien minus 4,3 Billionen Euro, Frankreich fast minus 3,6 Billionen Euro, Spanien über 200 Millionen, Portugal über 400 Millionen Euro.

Wiederaufbaufonds

Die Ursachen für diese wachsenden Ungleichgewichte: Wenn der Schutzmantel der Wechselkurse wegfällt, können die durch Lohndumping „wettbewerbsfähigeren“ Nationen die anderen nieder konkurrieren. Die rot-grüne Regierung Fischer/Schröder hat mit Hartz IV den Niedriglohnsektor massiv ausgeweitet und seit Einführung der Währungsunion damit einen explodierenden Handelsbilanzüberschuss auf Kosten anderer Euro-

* Solidarwerkstatt Linz, <https://www.solidarwerkstatt.at/arbeitswirtschaft/der-corona-wiederaufbaufonds-feigenblatt-und-trojanisches-pferd>

^[1] https://www.cep.eu/fileadmin/user_upload/cep.eu/Studien/20_Jahre_Euro_-_Gewinner_und_Verlierer/cepStudie_20_Jahre_Euro_Verlierer_und_Gewinner.pdf

Staaten erzielt. Gewinner sind damit auch in Ländern wie Deutschland keineswegs alle, viele sind dort aufgrund Reallohnsenkungen und Verschlechterung der Sozialleistungen massive Verlierer, Hauptprofiteur ist die deutsche Exportindustrie – und im Schlepptau auch die niederländische bzw. österreichische.

Feigenblatt für die Wunden der Währungsunion...

Spannend ist es nun, diese akkumulierten Gewinne bzw. Verluste mit den Nettoausschüttungen aus dem Wiederaufbaufonds ins Verhältnis zu setzen. Das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung in Mannheim hat versucht, diese Nettoausschüttungen – anhand verschiedener Parameter zu entwickeln.^[2] Das ist sicherlich mit Unsicherheiten behaftet, gibt aber doch einen ersten Einblick in bestimmte Größenordnungen. Angenommen wurde, dass die Ausschüttungen an die Krisenländern v.a. aufgrund des Einbruchs beim BIP erfolgt^[3], die Refinanzierung anhand des Anteils am gesamt EU-BIP. Das relativiert die Umverteilungswirkung des Wiederaufbaufonds bereits erheblich. Zwar sind Länder wie Deutschland oder die Niederlande Nettozahler – 0,7% am BIP respektive 0,25% am BIP – gestreckt über einen langen Rückzahlungszeitraum sind das aber keine atemberaubenden Beträge. Umgekehrt sind Italien, Spanien, Frankreich und Portugal Netto-Empfänger, doch auch hier sind die Beträge gemessen am BIP überaus bescheiden. Diese Zahlen ermöglichen, die jeweiligen Netto-Ausgaben bzw. Einnahmen des „Wiederaufbaufonds“ mit den bisherigen Gewinnen und

Verlusten aus der Währungsunion zu vergleichen. Deutschlands Belastung liegt um untersten Prozentbereich der Gewinne aus der Währungsunion, für die Niederlande liegt dies sogar im Promillebereich. Und umgekehrt: was Italien, Frankreich und Portugal bezüglich ihrer Verluste durch den

^[2] http://ftp.zew.de/pub/zew-docs/ZEWKurzexpertisen/EN/ZEW_Shortreport2007.pdf

^[3] Ein anderes Szenario nimmt eine Verteilung an die EU-Staaten nach einem Schlüssel an, der sich aus einem Mix von BIP-Rückgang und Erhöhung der Arbeitslosigkeit berechnet. <https://www.dielinke-europa.eu/de/article/12609.neuer-bericht-überwachen-und-strafende-für-den-stabilitäts-und-wachstumspakt.html>



Euro erhalten, liegt unter einem Prozent. Nur bei Spanien ist es etwas mehr, aber eben auch nur ein Bruchteil dessen, was das Land durch die Währungsunion eingebüßt hat.

Das alles zeigt wieder einmal die völlig unhaltbare Konstruktion von EU und Euro auf: als eines Konkurrenzregimes, das systematisch Umverteilung von unten nach oben produziert, zwischen den Staaten und innerhalb dieser. Denn wo die äußere Abwertung als Puffer zwischen ungleichen Ökonomien nicht mehr zur Verfügung steht, bleibt nur mehr die innere Abwertung durch Lohn- und Sozialabbau.

... und Trojanisches Pferd

Dazu kommt, dass letztlich die EU-Kommission die Entscheidung darüber trifft, wofür und unter welchen Bedingungen die Rettungs-Milliarden an die EU-Staaten ausgeschüttet werden. Die EU-Kommission hat angekündigt, dass man das klar mit dem „Empfehlungen“ im Rahmen des „Europäischen Semesters“ junktimieren werde. Was das heißt, zeigt eine Analyse der „Europäischen Semester“ im Zeitraum 2011 bis 2018. In diesem Zeitraum hat die EU-Kommission von den EU-Staaten

- 109-Mal Verschlechterungen bei den Pensionen
- 63-Mal gefordert, im Gesundheitsbereich zu kürzen bzw. zu privatisieren
- 50-Mal, das Lohnwachstum einzuschränken
- 39-Mal, Kündigungsschutz und Gewerkschaftsrechte zu beschneiden
- 35-Mal, Ausgaben für Arbeitslose und Menschen mit Behinderungen zu kürzen^[4].

D.h. die Rettungs-Milliarden verschaffen der EU-Kommission zusätzliche Macht, ihre Forderungen gegenüber den EU-Staaten durchzusetzen. Die Kommission hat bereits angekündigt, von diesem Druckmittel Gebrauch zu machen: EU-Kommissar für Soziales Valdis Dombrovski: „Der Konjunkturfonds wird ein zusätzliches Instrument sein, um sicherzustellen, dass die nationalen Regierungen die Empfehlungen umsetzen.“ EU-Wirtschafts-Kommissar Paolo Gentiloni ergänzt: „Ich bin sicher, dass die Mitgliedsstaaten, wenn man bedenkt, was auf dem Spiel steht, diesen Empfehlungen Beachtung schenken werden.“^[5] Finanziert wird diese Erpressungsmacht letztlich aus Steuermitteln der EU-Bevölkerung.

Damit kommen wir wohl zum Kern der Sache: Die Rettungs-Milliarden spielen bei der Bekämpfung der Coronakrise bestenfalls die Rolle eines Feigenblatts. Das Einzige, was den besonders geplagten Mittelmeerländern strukturell helfen würde, wäre die souveräne Verfügung über Währung und Geldpolitik. Dieser Wiederaufbaufonds ist aber nicht nur Feigenblatt, er ist auch ein trojanisches Pferd, um

- die Macht der EU-Technokratie zu stärken, um neoliberale Strukturreformen durchzusetzen. Freilich geht es auch um Geld für zusätzliche Investitionen. Da wird zwar einiges Gute versprochen – z.B. mehr Geld für Klima- und Umweltschutz. Doch auch hier empfiehlt sich, das

^[4] <https://www.dielinke-europa.eu/de/article/12609.neuer-bericht-ueberwachen-und-strafen-ende-fuer-den-stabilitaets-und-wachstums-pakt.html>

^[5] EurActive, 21.5.2020

Kleingedruckte zu lesen. Macron etwas versteht darunter auch Milliardenhilfen für die Automobil- und Flugzeugbranche^[6]. Und Van der Leyen will damit nicht zuletzt die „Strategische Autonomie“ der EU stärken^[7], eine Chiffre, die oftmals verwendet wird, um den Aufbau strategischer EU-Rüstungskapazitäten euphemistisch zu umschreiben.

- um die Vorherrschaft der deutschen Machteliten und die Profite der deutschen Exportindustrie zu sichern, die von der Währungsunion enorm profitiert hat – auf Kosten der südeuropäischen Peripherie UND der Arbeitenden im eigenen Land.

„Deutsche Goldgrube – wirtschaftliche Verwüstung der Mittelmeerländer“

Der deutsche Sozialwissenschaftler Wolfgang Streeck resümiert: „Erstens wird die deutsche Regierung Wege finden, damit die EZB weiterhin „alles tun kann, was nötig ist“, um den Euro am Leben zu erhalten. Ob dies letztendlich erfolgreich sein wird, ist eine andere Frage. Der Euro ist die ultimative deutsche Goldgrube, und während es bei weitem nicht klar ist, warum Italien, Spanien und Frankreich so eifrig an ihm festhalten, ist er für Deutschland in diesen Zeiten langanhaltender kapitalistischer Stagnation eine Lebensader.“

Zweitens, auch wenn die EZB und der Brüsseler Haushalt und die Europäische Investitionsbank und die anderen noch einige Jahre lang die Mittel finden, um die politischen Klassen der im Niedergang begriffenen südlichen Peripherie des Eurolandes durch europäische Geldinjektionen und geschickt inszenierte symbolische deutsche Kapitulationen an der Macht zu halten, wird dies die wirtschaftliche Verwüstung der Mittelmeerländer nicht aufhalten. Diese ist struktureller Art, wurzelt im Verzicht der Mittelmeerländer auf ihre Währungssouveränität und sind so tiefgreifend, dass sie nicht durch Transferleistungen behoben werden können, die deutsche Regierungen sich wirtschaftlich oder politisch leisten könnten.

Das Ergebnis wird wachsende Ungleichheit zwischen den Ländern der Währungsunion und innerhalb der Länder selbst sein, begleitet von noch schneller wachsender internationaler Feindseligkeit. Die Stunde der Wahrheit für die leeren deutschen Versprechungen der Vergangenheit, gemacht in der leichtsinnigen Hoffnung, dass sie niemals eingelöst werden müssen, kommt näher. Die Enttäuschung wird die europäische Politik zutiefst vergiften.“^[8] ■

^[6] FAZ, 20.5.2020

^[7] Wiener Zeitung, 23.4.2020

^[8] <https://makroskop.eu>, 26.5.2020



Nötig ist eine Stärkung der Parlamente, der Transparenz und der Faktenbasiertheit von Massnahmen

Corona und Demokratie

In Krisenzeiten schlägt die Stunde der Exekutiven und demokratische Prozesse werden eingeschränkt. Die Ereignisse rund um die Coronakrise haben dies eindrücklich gezeigt. Durch Regierungen – auch in der Schweiz – wurden eilig Grundrechte ausser Kraft gesetzt – gewöhnlich ohne parlamentarische Kontrolle.

Von Paul Ruppen*

Grundrechte

Die getroffenen Massnahmen zur Eindämmung des Corona-Virus greifen in etliche Grundrechte ein. Hier ein paar Beispiele:

- Versammlungsfreiheit: z.B. das Verbot von Demonstrationen oder von Versammlungen von mehr als einer bestimmten Anzahl von Personen. Damit sind Eingriffe in die freie Meinungsbildung verbunden. Versammlungsverbote betreffen auch den privaten Bereich. Verbot, Verwandte in Altersheimen zu besuchen.
- Glaubensfreiheit: etwa das Verbot, Gottesdienste abzuhalten oder an ihnen teilzunehmen
- Freizügigkeit: etwa Ein- und Ausreiseverbote, Verhängung von Quarantäne.
- Berufsfreiheit: z.B. Öffnungsverbote für Ladengeschäfte; Verbot kultureller und anderer Veranstaltungen. Berufsverbot für Bergführer.
- Eigentumsfreiheit: Nutzung eigenen Eigentums wie z.B. Ladengeschäfte.

Es geht bei dieser beispielhaften Aufstellung nicht um eine Kritik an den Massnahmen, sondern vorerst nur um die Feststellung, dass durch sie Grundrechte betroffen sind. In der Folge geht es darum, ein paar Forderungen für einen möglichst demokratischen Umgang mit Pandemien aufzustellen.

Die Rolle des Parlaments

Die Eidgenössischen Räte verabschiedeten sich im Frühling 2020 angesichts der Krise und brachen die Session abrupt ab. Dabei wäre es problemlos möglich gewesen, mittels geeigneter Massnahmen für die Sicherheit der Parlamentarier zu sorgen. Der Abbruch der Session war völlig unangemessen.

Eingriffe in Grundrechte sollten nur vom Parlament beschlossen werden können. Entsprechend ist zu prüfen, ob die Verfassung nicht entsprechend zu ergänzen wäre: es wäre eine Verpflichtung fürs Parlament einzuführen, entsprechende Massnahmen zu beraten und die Entscheidungen selbst zu treffen. Es ist nicht einsichtig, dass das Parlament nicht in nützlicher Zeit entscheiden kann.

Parlamentarismus ist nicht die Vollendung der Demokratie: gegenüber dem intransparenten Durchregieren von Regierungen hat der Parlamentarismus aber gewisse demokratische Vorteile: durch die Auseinandersetzung zwischen den Parteien wird eventuell die ganze Bandbreite der Argumente sichtbar

* Der Text wurde inspiriert durch das Dokument https://www.mehr-demokratie.de/fileadmin/pdf/2020-10-29_Corona_9_Forderungen_final3.pdf

und damit ist eine gewisse Gewähr gegeben, dass alle plausiblen Meinungen auf den Tisch kommen. Die Bürgerinnen und Bürger können mitverfolgen, auf Grund welcher augenblicklichen Gewissheiten und Vermutungen welche Entscheide getroffen werden. Dabei müsste alles Entscheidungsmaterial schriftlich festgehalten und veröffentlicht werden.

Ein weiterer Vorteil parlamentarischer Entscheidungsfindung besteht darin, dass Parlamentsmitglieder stärker als Regierungen an die Bürgerinnen und Bürgern rückgekoppelt sind, wodurch eine gewisse Gewähr für die Berücksichtigung weiterer gesellschaftlicher Interessen gegeben ist.

Die Eidgenössischen Räte haben im Sommer ein COVID-19-Gesetz beraten und verabschiedet.¹⁾ Es hat darin allerdings viele Kann-Formulierungen, die Ermächtigungen zu Grundrechtseinschränkungen für die Regierung beinhalten. Dies wurde etwa von Staatsrechtlern kritisiert. Das Parlament sollte die entsprechenden Fäden selbst in der Hand behalten.

Für Anordnungen, die auf dem Verordnungsweg getroffen werden, müssen die Entscheidungswege nachvollziehbar und überprüfbar dokumentiert werden. Sie müssen jederzeit vom Parlament annulliert werden können.

Kommunikation und breite Diskussion von Zielen

Im Parlament muss die grundsätzliche Zielsetzung aller Massnahmen immer wieder neu diskutiert, angepasst und begründet werden. Besteht das Ziel darin, die Überlastung



der Intensivstationen zu verhindern? Geht es darum, auf einen wirksamen und sicheren Impfstoff zu warten und bis dahin die Infektionszahlen möglichst tief zu halten? Will man das Virus auszurotten? Oder geht es darum, mit ihm leben zu lernen? Je nach Ziel sind andere Kennzahlen wichtig und deren

¹⁾ Bundesgesetz vom 25. September 2020 über die gesetzlichen Grundlagen für die Verordnungen des Bundesrates zur Bewältigung der Covid-19-Epidemie. <https://www.admin.ch/opc/de/classified-compilation/20202070/index.html>.



Relevanz für die Erreichung des festgelegten Ziels ist angemessen zu kommunizieren. Die Festlegung der Ziele erfordert eine gesellschaftliche Debatte. Solche Ziele dürfen nicht in Hinterzimmern diskutiert und festgelegt werden – oder im Verlauf der Zeit ohne klare Kommunikation umdefiniert werden.

Verhältnismässigkeit in Bezug auf die festgelegten Ziele

Auf der Basis einer klaren Zielsetzung ist die Verhältnismässigkeit der Massnahmen zu prüfen: Wenn Grundrechte mit einer Verordnung eingeschränkt werden, ist genau zu prüfen, ob es ein weniger einschneidendes Mittel gibt, das einen ebenso guten Gesundheitsschutz bietet. Dies schliesst den Rüstungswettlauf um möglichst strikte Massnahmen zwecks Nachweises der eigenen Handlungsfähigkeit aus – ebenso wie die Versuchung, Symbolpolitik oder «Volkserziehung» zu betreiben.

Aufzuzeigen und zu dokumentieren ist auch, mit welchen Massnahmen welche Ziele erreicht werden sollen und ab wann diese Massnahmen als erfolgreich betrachtet werden können. Nur so werden die Massnahmen überprüfbar. Ist die Erreichung der Ziele nicht mit konkreten Zahlen zu quantifizieren, verlangt dies umso mehr nach einer breiten, gesellschaftlich zu führender Diskussion der Massnahmen.

Befristung

Jede Massnahme – sei sie auch auf den ersten Blick noch so gering – muss befristet sein. Dadurch wird eine Diskussion bei deren Verlängerung nötig und die Verhältnismässigkeit und die Eignung für die Erreichung der Ziele ist erneut zu diskutieren.

Beratungsgremien breit besetzen

Die Beratung der Politik muss interdisziplinär erfolgen. Eine Pandemie ist nicht nur eine virologische Krise, vielmehr ein medizinisch-pflegerisches Problem. Und nicht nur das. Die Mitwirkung der Sozialwissenschaften, der Ethik, der Ökonomie, von Rechts- und Politikwissenschaft sind unverzichtbar. Unbedingt sind auch „Nebenwirkungen“ der Corona-Krise, sowie von Corona-Massnahmen mit zu bedenken: Soziale Isolation, Angstzustände und Depressionen, das Ansteigen häuslicher Gewalt, Einschränkungen bei der Gesundheitsversorgung und der Pflege, die wirtschaftlichen und existenziellen Folgen.

Es ergeben sich bei der Berücksichtigung dieser verschiedenen Gesichtspunkte komplexe Abwägungsprozesse bei denen neben dem Sachverstand der verschiedenen Fachwissenschaften auch das Alltagswissen und die Kompetenz der Bürgerinnen und Bürger nötig sind. Eine wache und mitdenkende Bürgerschaft ist der grösste Trumpf in der Pandemiebekämpfung. Staatlich angeordnete Massnahmen erreichen erfahrungsgemäss schwer die gebotene Differenziertheit sowie die nötige bürgerschaftliche Akzeptanz. Durch Berücksichtigung der Meinungen der Bürgerinnen und Bürger können alltagsuntaugliche und wenig wirksame Massnahmen vermieden oder schnell wieder korrigiert werden.

Unterschiedliche Standpunkte in den Beratungsgremien sind offen zu kommunizieren.

Nachvollziehbare Entscheidungen und Grundlagen

Entscheidungen müssen nachvollziehbar und möglichst evidenzbasiert sein: Politische Entscheidungen müssen auf empirischer und wissenschaftlicher Grundlage erfolgen. Zudem heisst es, die Informationsfreiheit zu gewährleisten: Strategiepapiere, Szenarien, Gutachten, Modellrechnungen von Bundesämtern und Instituten müssen automatisch veröffentlicht werden. Die von den Regierungen eingesetzten Krisenstäbe und ihre Besetzung sind transparent zu machen.

Wo Politik nicht auf ausreichend Daten zurückgreifen kann, sollte sie dafür sorgen, dass die Datengrundlagen vervollständigt werden.

Den Umgang mit der Krise evaluieren

Das Krisenmanagement von Politik und Verwaltung der verschiedenen politischen Ebenen soll evaluiert und es sollen Lehren für die Zukunft gezogen werden.

Weltweite Solidarität

Die Corona-Krise wirkt auf die globale Ungleichheit wie ein Brandbeschleuniger: Die Folgen sind für die Schwächsten am härtesten. Viele haben ihre Arbeit verloren und haben in den armen Ländern keinerlei Einkommen mehr. Zudem sind, weil der Handel erschwert ist, die Preise gestiegen und Grundnahrungsmittel sind für viele Menschen nicht mehr bezahlbar. Die internationale Gemeinschaft muss helfen. Zudem ist darauf hinzuwirken, dass ein allfälliger, wirksamer und sicherer Impfstoff weltweit zugänglich ist. Das Virus lässt sich angesichts der weltweiten Wirtschaftsbeziehungen und der touristischen Reiserei eh nicht dauerhaft von den eigenen Grenzen fernhalten. ■

Diskussionen um COVID-Apps in der EU

Auf EU-Ebene wurde intern ein Richtungsstreit um den richtigen Ansatz für eine Corona App geführt. Die beiden Ansätze auf EU-Ebene sind einerseits das zentralisierte PPEP-PT andererseits das DP-3T mit Datenverarbeitung und -speicherung auf den Smartphones der Benutzer.

Während etwa Frankreich, Tschechien, Polen und zunächst auch Deutschland auf ein stark zentralisiertes Modell für Datenspeicherung setzten (PEPP-PT), verlangten immer mehr akademische Technikteams aus anderen EU-Staaten einen dezentralen Ansatz (DP-3T). 300 Professoren europäischer Universitäten warnten in einen offenen Brief an die Politik vor zentralisierten Lösungen wie PEPP-PT, die „Formen staatlicher oder privater Überwachung mit verheerenden Folgen ermöglichen würden“. Werkstatt-Rundbrief 14/2020, <https://www.solidarwerkstatt.at/digital/am-rande-des-demokratischen-modells>.



Buchbesprechungen



Nation, Nationalität, Nationalismus

Christian Jansen und Hinning Borggräfe möchten mit ihrem Buch einen Einstieg in die Nationalismus-Forschung und die Geschichte des Nationalismus in Europa darlegen. Sie stellen insbesondere auch ein paar Nationalismus-Theorien vor. In Fallstudien stellen sie der deutschen, auf Sprache und Abstammung aufbauenden Definition der Nation das französische Modell der Nation als politischer Wertegemeinschaft, das Schweizer Modell «einer Nation als Interessengemeinschaft» sowie die konfliktreiche Nationenbildung auf dem Balkan gegenüber.

Für eine erste definitorische Annäherung an das Phänomen des Nationalismus benennen sie drei Komponenten: «erstens die axiomatische Behauptung der Existenz der ‘Nation’ oder des ‘Volkes’ als *handelndes Subjekt der Geschichte*; zweitens die Festlegung exklusiver Zugehörigkeit eines *jeden* Menschen zu *einer* Nation; sowie drittens die Stilisierung der Nation zu einem hohen sittlich-moralischen Wert, vielfach (insbesondere in Kriegen) sogar zur wichtigsten Richtschnur menschlichen Handelns.»

Gemäss den Autoren gibt es historisch gesehen erstens eine subjektiv-politische Definition der Nation. So hat etwa der Abbé Sieyès zur Zeit der Französischen Revolution die Nation definiert als «eine Gesamtheit von vereinigten Individuen, die unter einem gemeinsamen Gesetz stehen und durch dieselbe gesetzgebende Versammlung vertreten sind». Der französische Religionswissenschaftler Ernest Renan (1882) betonte, dass der nationale Zusammenhang nicht auf objektiven Bedingungen beruhe. Zu den Bedingungen der Nation gehörten die Idee der Volkssouveränität sowie des Rechtsstaates, der liberale Grund- und Bürgerrechte wie Meinungs- Vereinigungs- oder Pressefreiheit garantierte.

Auf der anderen Seite gibt es substanzialistische Definitionen der Nation. Gemäss dieser Auffassung gibt es Kriterien, die Nationen bestimmen, die ausserhalb des Einflusses der Individuen liegen (Sprache, Kultur, Tradition, Geschichte, etc.).

Die Autoren bezeichnen beide Auffassungen als «nationalistisch» und sie behaupten, dass trotz aller ideologischer Unterschiede gilt: Kennt man einen Nationalismus, so kennt man alle. Diese Auffassung ist merkwürdig. In der subjektiv-politischen Auffassung ist das Wort «Nation» eigentlich überflüssig. Die Menge der Individuen, die unter einem gemeinsamen Gesetz stehen und durch dieselbe gesetzgebende Versammlung vertreten sind, muss man nicht «Nation» nennen. Streicht man das überflüssige Wort «Nation», so bleibt die Idee der Selbstbestimmung der stimmberechtigten Bevölkerung eines Territoriums im Rahmen eines demokratischen Rechtsstaates übrig.

Betrachtet man nun die eingangs erwähnte, durchaus akzeptable Bestimmung des Nationalismus, so sieht man, dass man die Bestrebungen nach Selbstbestimmung der stimmberechtigten Bevölkerung auf einem Territorium kaum als nationalistisch hinstellen kann: man braucht als Vertreter des demokratischen Rechtsstaates auf einem Territorium keineswegs die Existenz einer «Nation» oder eines «Volkes» als *handelndes Subjekt der Geschichte* zu postulieren. Die zwei übrigen Punkte fallen wegen des Fehlens der Behauptung der Existenz von Nationen von selbst weg: die exklusive Zugehörigkeit eines *jeden* Menschen zu *einer* Nation kann man nicht postulieren, wenn man die Existenz von Nationen nicht behauptet. Noch weniger kann man die Nation zu einem hohen sittlich-moralischen Wert stilisieren, wenn man deren Existenz nicht postuliert.

Die obige Erwähnung der Stimmberechtigung beinhaltet eine gewisse Ausschliesslichkeit: diese ist allerdings unabdingbar, ausser man postuliert das Recht eines jeden Menschen überall und jederzeit auf der ganzen Welt in allen politischen Entscheidungsprozessen gleichberechtigt teilnehmen zu können. Eine solche Folgerung ist eher unsinnig: die Menschen eines Gebietes, welche von der Bereitstellung von öffentlichen Dienstleistungen profitieren und für diese zahlen, sollen auch diesbezüglich mitbestimmen können. Ob durch den Gotthard ein Eisenbahntunnel zu erstellen ist, geht einen Bewohner von La Paz nun mal kaum etwas an.

Den demokratischen Rechts- und Territorialstaat nennen die Autoren «Nationalstaat». Das ist eine gängige Bezeichnung, die aber dann irreführend ist, wenn man – wie die Autoren – den «Nationalstaat» in die Nähe des Nationalismus rückt. Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass sie den Begriff «Territorialstaat» verwenden, aber nur für Staaten, die von Fürsten und Königen regiert werden. Diese Territorialstaaten werden gemäss Autoren durch Nationalismus in Nationalstaaten verwandelt. Die Frage nach der Alternative zum demokratischen Rechts- und Territorialstaat stellen sich die Autoren allerdings nicht. Sie scheinen einen gewissen Hang zu «multinationalen» Gebilden zu haben, die irgendwie – aber auf alle Fälle nicht durch Demokratie – zusammengehalten werden (z.B. Österreich-Ungarn, Das Osmanische Reich, etc.). Sobald sie demokratisch werden, werden sie gemäss Autoren zum «Nationalstaat».

Ihre Haltung führt denn auch dazu, dass sie Befreiungskriege in den Kolonien der ehemaligen europäischen Grossmächte oder Unabhängigkeitsbewegungen innerhalb von Staaten als «nationalistisch» bezeichnen: wer sich selbst bestimmen will, muss ein Territorium festmachen, auf dem die anwesende Bevölkerung sich selbst bestimmen kann. Es werden Grenzen gezogen. Dass das oft mit Konflikten einhergeht, ist offensichtlich. Zu verlangen ist, dass solche Konflikte gewaltfrei vor ausgetragen werden und dass man sich vorher auf demokratische Verfahren einigt, welche diese Konflikte lösen können – vorbildlich diesbezüglich war z.B.



das Verfahren Grossbritanniens bezüglich der Unabhängigkeitsbestrebungen mancher Schotten. Bei Gewaltfreiheit ist ein Bestreben nach Unabhängigkeit nicht per se im obigen Sinn der Definition nationalistisch. Faktisch machen sich die Autoren mit ihrer Darstellung zu Gehilfen des Nationalismus in Staaten, die untergeordneten Einheiten keine demokratische Selbstbestimmung gewähren wollen.

In einer Fallstudie behandeln sie die Schweiz. «In keinem bestehenden europäischen Land ist die Frage nach dem nationalen Zusammenhalt so komplex wie in der Schweiz: Das Land hat bei einer Bevölkerung von gut sieben Millionen vier (formell) gleichberechtigte Landessprachen. Es ist religiös und konfessionell gespalten. Die Schweiz ist politisch stark föderalistisch strukturiert: Die Bundesregierung ist mit relativ schwachen Machtbefugnissen ausgestattet. Jedes Jahr wechselt etwa das Amt des Regierungschefs von einem der [...] Minister zu einem Kollegen, um die Machtballung, die mit dem Amt verbunden ist, zeitlich zu begrenzen: nicht zuletzt handelt es sich um einen militärisch schwachen Staat [...]. Angesichts dieser Auflistung ist man versucht zu bezweifeln, ob es sich überhaupt um einen Nationalstaat handelt.» Hier stellt sich ein begriffliches Problem: Im Allgemeinen hat der Leser den Eindruck, für die Autoren «Nationalstaat» oft gleichbedeutend mit «demokratischer Rechts- und Territorialstaat» ist. Hier weichen sie davon ab. Das Kriterium ist nun scheinbar, wie schwierig die Frage nach dem «nationalen» oder staatlichen Zusammenhalt ist. Anstatt selbst nach klaren Kriterien zu entscheiden, ob die Schweiz nun ein Nationalstaat ist oder nicht, flüchten sie sich in der Folge in den Konsens der Forschung (z.B. Allematt).

Es gibt in der Schweiz sicher Leute, welche gemäss der eingangs erwähnten Bestimmung Nationalisten sind. Sind die Autoren der Meinung, dass ein Territorialstaat zum Nationalstaat wird, wenn eine Mehrheit oder gar eine Minderheit der Bevölkerung des Staates im obigen Sinne Nationalisten sind?

Trotz vieler Unklarheiten und der Verwischung nötiger Differenzierungen ist das Buch lesenswert: man findet im Buch viele historische, sehr aufschlussreiche Zitate von Nationalisten. Die Ausführungen zu den Nationalismus-Theorien liefern zudem einen ersten Überblick des Forschungsgebiets.

Christian Jansen, Hinning Borggräfe (2020), Nation, Nationalität, Nationalismus, 2. Aktualisierte Auflage, Frankfurt: Campus (Historische Einführungen)

Demokratie und den Föderalismus, sondern auch Bereiche wie das Wahlsystem, das Parteiensystem, das Verbandssystem, die Regierung, das Parlament, das Zweikammersystem, die Verfassung und die Justiz. Er untersucht bezüglich dieser Themen die Ebene der Kantone und des Bundes, wobei der Wandel durch die letzten Jahrzehnte verfolgt wird. Zudem wird am Schluss eines jeden Kapitels ein internationaler Vergleich angestellt. Das Buch ist informativ und reichhaltig.

In der Einleitung diskutiert Vatter die Relevanz des politischen Systems der Schweiz für den politisch interessierten Leser. «Das politische System der Schweiz gilt bis heute als Sonderfall unter den modernen Demokratien. Die Ursprünge dafür liegen in einer ausgesprochenen Pluralität unterschiedlicher Sprachen, Konfessionen und Gesellschaftsstrukturen sowie einer kontinuierlichen historischen Entwicklung ohne die für zahlreiche europäische Länder typischen Strukturbrüche durch die beiden Weltkriege. Diese Rahmenbedingungen haben zur Herausbildung eines auf den ersten Blick einzigartigen politischen Systems geführt, das sich durch eine aussergewöhnliche Kombination von ausgebautem Föderalismus, starker direkter Demokratie und ausgeprägter Konkordanz auszeichnet.»

Folgende Besonderheiten sprechen gemäss Vatter für eine vertiefte und vergleichende Analyse der Schweiz:

1. Die Schweiz stellt gemäss verbreiteten Vorstellungen und gemäss Vatter eine sogenannte Willensnation auf multi-kultureller Grundlage dar. Vatter meint, dass die Schweiz im Gegensatz zu den meisten Staaten nicht durch eine gemeinsame Sprache, Konfession, Ethnie oder Kultur zusammengehalten werde. Diese Darstellung ist kritisierbar: es ist z.B. nicht einsichtig, was eine Nation sein soll. Noch viel weniger kann man sich etwas unter einer «Willensnation» vorstellen. Der Unterschied der Schweiz etwa zu den umliegenden Ländern liegt zudem nicht darin, dass die übrigen Länder sprachlich, kulturell, «ethnisch» völlig einheitlich wären, sondern darin, dass es in den umliegenden Ländern jeweils eine Sprache gibt, die viel dominanter ist als in der Schweiz – anerkannte Sprachen in der BRD sind etwa neben deutsch dänisch, sorbisch, nordfriesisch. Während in der Schweiz ein verbreitetes Bewusstsein dafür besteht, dass in der Bevölkerung verschiedene Sprachen gesprochen werden, ist das in Deutschland vermutlich weniger der Fall.
2. Vatter meint, die Schweiz sei eine Art Minieuropa: Die Schweiz biete sich mit ihrer ausgesprochen grossen politischen, kulturellen und gesellschaftlichen Heterogenität innerhalb eines föderalen Systems auf kleinstem Raum als ideales Forschungslabor an. Der norwegische Politikwissenschaftler Stein Rikkan (1970) meinte, die Schweiz habe den schwierigen Einigungsprozess mehrerer souveräner Staaten zu einem föderalen Bundesstaat schon im 19. Jahrhundert erfolgreich durchlaufen. Wer die Dynamik und Realität der europäischen Integration heterogener Staaten und ihre Fort- und Rückschritte verstehen wolle, solle deshalb die Schweizer Politik und



Das politische System der Schweiz

Adrian Vatter erläutert in der vierten, aktualisierten und erweiterten Auflage seines Lehrbuchs nicht nur die wichtigsten politischen Institutionen der Schweiz, wie die Konkordanz, die direkte



Geschichte studieren. Die Darstellung erinnert etwas an Propaganda der EU-Befürworter: sie picken eine wirkliche oder angebliche Errungenschaft in ihrem Land heraus und stellen diese dann als Vorbild für den Rest Europas dar. Daraus folgern sie einen Auftrag ans eigene Land, das Vorbildliche im Rest Europa zu verwirklichen – EU-Propaganda, die an den Nationalismus der Widerspenstigen appelliert.

3. Schliesslich ist gemäss Vatter die Schweiz ein modernes direktdemokratisches Labor. Die politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Probleme in zahlreichen Staaten machten gemäss Vatter deutlich, dass gerade die bedeutendsten schweizerischen Institutionen wie die direkte Demokratie, der Föderalismus und die Konkordanz in jüngerer Zeit stark an Attraktivität gewonnen hätten. Nach der Einleitung wird das Wahlsystem diskutiert (z.B. Majorz oder Proporz, Aufteilung in Wahlkreise, Quoren, Listenverbindungen, etc.). «Wahlsysteme sind die Regeln, nach welchen die Wähler ihre politischen Präferenzen für Parteien und Kandidierende in Stimmen ausdrücken und wie diese in Mandate übertragen werden. Sie prägen den Charakter eines politischen Systems entscheidend mit und werden von führenden Politikwissenschaftlern als das fundamentalste Element der repräsentativen Demokratie betrachtet.» So besteht in der Schweiz etwa ein starker Zusammenhang zwischen Wahlkreisgrösse und der (fehlenden) Übereinstimmung von Stimmen- und Abgeordnetenanteilen: je grösser die Wahlkreise sind, desto besser wird die Parteienlandschaft gemäss der gemachten Stimmen abgebildet.

Im dritten Kapitel untersucht Vatter das Parteiensystem in der Schweiz. Wichtige Einflussfaktoren auf die Parteienlandschaft haben das Proporzwahlsystem und die direkte Demokratie – letztere bedingt, dass Parteien und Wahlen weniger wichtig sind als in anderen Ländern. Weitere Faktoren für die Schwäche der Parteien in der Schweiz ist die gesellschaftliche und kulturelle Heterogenität der Schweiz sowie die politische Kleinstrukturiertheit (Gemeinden und Kantone). Zudem gibt es in der Schweiz keine staatliche Finanzierung der Parteien.

In den letzten drei Jahrzehnten kam Fluss ins Parteiensystem: «Angesichts der wachsenden Furcht vor dem Verlust schweizerischer Traditionen durch die Europäisierung und Globalisierung der Politik gelingt es vornehmlich der SVP, die national-konservative Wählerschaft in den bürgerlichen Parteien sowie rechte Protestwähler im Rahmen dieses Identitätskonflikts zu sammeln, während die Globalisierungsgewinner hauptsächlich durch die SP und die Grünen mobilisiert werden» (S. 105). Die Demokratiefrage, die sich im Zusammenhang mit der Internationalisierung stellt, wird hier auf Identitätsprobleme und die Angst vor dem Verlust von Traditionen reduziert. Die Darstellung steht zudem in einem gewissen Spannungsverhältnis zu einer späteren Aussage: «In Bezug auf die Berufsgruppen sticht heraus, dass in neuerer Zeit die SVP nicht nur von den Bauern, dem alten Mittelstand und Selbständigen am stärksten gewählt wird, sondern auch von der ungelerten

Arbeiterschaft. Damit in Einklang steht die Tatsache, dass noch 2011 fast jeder zweiter Wähler aus den untersten Einkommens- und Bildungsschichten die SVP wählten und sich damit die Verlierer der fortlaufenden Globalisierung auf die Seite dieser Partei geschlagen haben».

Interessant ist die mit Literaturangaben zu Studien belegte Entwicklung der SP von einer Arbeiterpartei zu einer Partei der neuen Mittelschichten. «Während die ungelernete, teilweise auch die gelernte Arbeiterschaft zu beträchtlichen Teilen von der SP zur SVP abgewandert ist, wandten sich die neuen Mittelschichten, vor allem die sogenannten soziokulturellen Spezialisten (z.B. Beschäftigte in der Sozialarbeit, Lehr- und Pflegeberufen) sowie technische Spezialisten und Kaderangestellte den Sozialdemokraten zu.» In einer Studie von Sciarini (2010) wird der SP der Charakter einer milieuspezifischen Partei zugeschrieben, die hochqualifizierte Junge, Frauen und Städter sowie Personen in soziokulturellen und -technischen Berufen anspricht. Es sind dabei vor allem die Grünen, die neben der SP um die Gunst dieser neuen urbanen Wählerschicht buhlen, wobei sich die grüne Wählerschaft nur um Nuancen von derjenigen der sozialdemokratischen unterscheidet: Sie verfügt insgesamt über eine noch etwas besser formale Bildung, leicht höhere Einkommen und ist noch etwas weiblicher (S. 138).

In einem vierten Kapitel analysiert Vatter die Verbände und das Verbandsystem in der Schweiz. Die Wirtschaftsverbände (Unternehmer wie Gewerkschaften) haben in den letzten dreissig Jahren einen gewissen Mitgliederschwund zu verschmerzen. Bei den Gewerkschaften liegen die Gründe dafür vor allem im wirtschaftlichen und technologischen Strukturwandel (Tertiarisierung) sowie einer verstärkten Feminisierung des Arbeitsmarktes. Die Gewerkschaften konnte sich kaum im privaten Dienstleistungssektor etablieren, wo auch neue Arbeitsplätze geschaffen werden (S. 167).

Bezüglich der Regierung konstatiert Vatter einen Bedeutungsverlust des Kollegialitätsprinzips. Es dominiert zunehmend das Departementalprinzip. Darunter werden die Vorbereitung und der Vollzug der Regierungsgeschäfte durch die einzelnen Bundesräte in den jeweiligen Departementen verstanden. Der Bedeutungsgewinn des Departementalprinzips hat zur Folge, dass dem Bundesrat zu wenig Zeit für eine übergeordnet strategische und politische Regierungsführung bleibt (S. 224). Durch die Europäisierung der Politik konnte der Bundesrat an Gewicht gewinnen, indem er in den meisten Fällen als Vermittler des äusseren Drucks dient, da die Regierung für die Anpassung des Schweizer Rechts an internationales Recht verantwortlich ist.

Die schweizerische Bundesversammlung hat verfassungsrechtlich betrachtet eine starke und unabhängige Position. Sie wählt die Regierung und die Bundesrichter. Die Regierung verfügt nicht über ein Vetorecht gegenüber dem Parlament. Die Legislative und ihre Mitglieder verfügen über ausgeprägte Informations-, Antrags- und Initiativrechte. Das Bundesgericht kann Erlasse des Parlamentes nicht auf Verfassungsmässigkeit überprüfen. Gemäss Verfassung ist die Bundesversammlung die «oberste Gewalt», unter Vorbehalt der Rechte von Volk und Kantonen



(Art. 148 BV). Die Parlamente habe sich dabei von Milizparlamenten zu Halbberufsparlamenten gewandelt. Das Einkommen der Parlamentarier erreicht heute Bezüge, die bei den zehn Prozent der bestverdienenden Berufsangestellten der Schweiz liegen. Bei den Fraktionen ist ein Trend hin zu mehr Parteilinientreue festzustellen.

Damit ein paar Feststellungen aus Kapiteln, die jeweils umfangreich sind und auch viel empirisches Material enthalten. Es gibt sicher ein paar kritisierbare Punkte – z.B. eine oft allzu einfache Darstellung von Parteien auf einer einzigen Achse von links nach rechts nach diskutablen Kriterien und eine gewissen Tendenz, fragwürdige Indizes zu berechnen, um dann auf diese paarweise statistische Verfahren anzuwenden, die nur für metrische Daten geeignet sind. Das Buch ist insgesamt sehr informativ und sehr lesenswert.

Adrian Vatter (2020), Das politische System der Schweiz, 4. Auflage, Baden-Baden: Nomos-Verlag (Studienkurs Politikwissenschaft).



Enteignen fürs Gemeinwohl

Die neueste Nummer des Widerspruchs widmet sich der Frage des Enteignens. Enteignung ist auch im liberalen Staat ein gängiges Verfahren, um gewisse Ziele zu erreichen: etwa im Strassenbau oder beim Bau von Sportanlagen. Die Schweizerische Bundesverfassung erlaubt Eigentumsbeschränkungen bis hin zur Enteignung, wenn eine gesetzliche Grundlage besteht und ein hinreichendes öffentliches Interesse gegeben ist. Zudem muss die Verhältnismässigkeit gegeben sein und eine volle Entschädigung erfolgen.

Enteignung findet auch durch Privatisierung von Gemeindegut statt, z.B. bei der Privatisierung von Wasserrechten. Schliesslich kann Eigentum durch politische Bewegungen z.B. zum Nutzen von Mietern und Mieterinnen eingeschränkt werden (z.B. Kündigungsschutz von Mietern). Im Mietrecht zeigen sich denn auch markante Unterschiede zwischen Deutschland und der Schweiz. In der Schweiz muss der Mieter die «Missbräuchlichkeit» der Kündigung beweisen, ansonsten herrscht Kündigungsfreiheit. In Deutschland darf ein Vermieter nur kündigen, wenn er ein «berechtigtes Interesse» geltend machen kann. Insbesondere sind in Deutschland sogenannte «Verwertungskündigungen» wegen Sanierung oder Ersatzneubauten eingeschränkt: Das Eigentum gewährt dem Vermieter keinen Anspruch auf Gewinnoptimierung oder Nutzungsmöglichkeiten, die den grösstmöglichen wirtschaftlichen Vorteil versprechen (Bundesverfassungsgericht).

Das Thema der Enteignung wird im Heft vielfältig angegangen. Es wird etwa die Enteignung durch Werbung im öffentlichen Raum angesprochen – ein Phänomen, an das man sich gewöhnt hat, das aber genau betrachtet interessante Fragen über «Privatisierung von Gewinnen» aufwirft. Oder es wird analysiert, wie öffentlicher Raum durch

Alkoholverbote für bestimmte Personengruppen enteignet wird, um diesen für andere Personengruppen «attraktiver» zu machen.

Aus direktdemokratischer Warte interessant ist ein Volksentscheid vom Februar 2011 in Berlin, der die Offenlegung der Teilprivatisierung der Berliner Wasserbetriebe betraf. Durch Teilprivatisierungen wird oft der Bau und der Betrieb öffentlicher Infrastrukturen fremdfinanziert und Profite über viele Jahre hinweg staatlich garantiert. Der Berliner Fall ist ein krasses Beispiel für ein solches Gebaren: Im Juni 1999 unterzeichnet der Berliner Senat einen Vertrag über 29 Jahre mit der französischen Gesellschaft Vivendi und dem deutschen Energiegiganten RWE. Die bis dahin öffentliche Berliner Wasserversorgung wurde in eine komplexe öffentlich-private Holding überführt. In dieser Holding hielt die Stadt Berlin 50.1 Prozent der Anteile, die privaten «Partner» 49.9 Prozent. Der Vertrag umfasste einen Artikel, der den privaten Investoren eine hohe Rendite auf deren investiertes Kapital garantierte. Allenfalls zu tiefe Renditen für die Investoren sollten während 29 Jahren durch die Stadt kompensiert werden. Mit einer Geheimhaltungs-klausel wurde der Vertrag der öffentlichen Einsichtnahme entzogen.

Eine BürgerInnen-Initiative unter dem Motto «Wasser gehört uns allen – Wasser ist ein Menschenrecht» verlangte mittels Volksbegehren (entspricht der Initiative in der Schweiz) ein «Offenlegungsgesetz» für Verträge, welche die Produktion von Gemeingütern regeln. Der aus einer Linkskoalition hervorgehende Berliner Senat erklärte das Volksbegehren für verfassungswidrig: Eine Offenlegung der Verträge verletze die im Grundgesetz garantierte Wirtschaftsfreiheit, Vertragsfreiheit, informationelle Selbstbestimmung, die Berufsfreiheit und das Eigentumsrecht. AktionärInnen würden enteignet und deren Verfassungsrechte verletzt. Die BürgerInnen-Initiative legte gegen diesen Entscheid des Senats beim Berliner Verfassungsgericht Beschwerde ein. Das Gericht hiess die Beschwerde gut und argumentiert, dass öffentliches Recht im Bereich der Administration von öffentlichen Gemeingütern vor privatem Recht Vorrang habe. Das Beispiel ist ein Hinweis auf die Wichtigkeit direktdemokratische Instrumente.

Widerspruch 75, Enteignen fürs Gemeinwohl, Zürich: Rotpunktverlag

WIDERSPRUCH



Zeitschrift für sozialistische Politik

Enteignen fürs Gemeinwohl

WIDERSPRUCH Heft 75 befasst sich mit den Konflikten um Verteilung und Herstellung von Eigentum. Die Autor*innen thematisieren, wie die besitzende Klasse die Welt verschluckt: Boden und Ozeane, Arbeit, Kultur und Bildung; wie die kapitalistische Konkurrenz Besitz ideologisch rechtfertigt und juristisch sichert – und wo Initiativen zur breiten Verteilung und subversive Projekte ansetzen können.

Oktober 2020

224 Seiten, CHF 25.-
ISBN 978-3-85869-895-7
www.widerspruch.ch



Ce que nous enseigne l'exemple du Royaume-Uni

L'Union européenne et le déclin de la social-démocratie

Contrairement à ce qu'on a pu souvent lire dans la presse, le résultat des élections en Grande Bretagne de décembre 2019 n'est pas comparable à la victoire de Donald Trump aux États-Unis en 2016. Il n'est pas vrai, non plus, que la Grande-Bretagne est peuplée par des gens qui sont égoïstes, racistes et stupides. Le choix qu'ils ont fait n'est pas contraire à leurs propres intérêts et n'est pas non plus basé uniquement sur une propagande démagogique. L'enjeu réel de ces élections a été la survie de la démocratie. J'essaierai de montrer, dans ce qui suit, que le résultat de ces élections a une dimension historique dont la portée dépasse le Royaume-Uni.

Par Lee Jones

Rappelons tout d'abord les faits : une grande majorité des électeurs britanniques a donné, en décembre 2019, sa voix au parti conservateur dirigé par Boris Johnson qui s'est prononcé sans équivoque pour le Brexit. Les travaillistes, par contre, qui avaient effectivement pris position contre le Brexit, ont fait leur plus mauvais score depuis les années 1930. Ils ont perdu la majorité dans un grand nombre de leurs fiefs traditionnels et connu leur recul le plus fort dans les circonscriptions populaires.

Européanisation de la politique britannique

Par bien des aspects, les élections britanniques de fin 2019 sont le signe d'une « européanisation » de la politique en Grande Bretagne. En effet, dans de nombreux pays en Europe, les partis socialistes sont en déclin. Les travaillistes britanniques suivent les socialistes allemands (SPD), français (PS) et italiens (PDSI), pour ne citer que quelques grands mouvements traditionnels de gauche en Europe. Tous ces partis sont morts ou sont en train de mourir à cause de leur attitude vis-à-vis de l'Union Européenne.

Le déclin des partis socialistes dans les différents pays européens suit des trajectoires qui se ressemblent partout. Après le recul de l'influence des syndicats au cours des années 1980, les partis travailleurs historiques se sont transformés en partis de centre-gauche qui ambitionnaient avoir trouvé « une troisième voie ». Leur discours s'adressait surtout aux couches moyennes libérales. De fait, les partis de gauche ont contribué à la victoire du néo-libéralisme perçu comme étant sans alternative. Les partis socialistes ont ainsi trahi les intérêts de leur électeurs traditionnels – les ouvriers – tout en supposant que ceux-ci leur resteraient fidèles.

La gauche a aussi abandonné son scepticisme traditionnel à l'égard de l'Union européenne. Au lieu de continuer d'appuyer les mouvements syndicalistes comme auparavant, la gauche politique a fait confiance à la Charte sociale européenne – en réalité une expression de volonté politique non contraignante – pour protéger les intérêts des milieux ouvriers. Or l'Union européenne ne constitue pas une forme institutionnalisée de l'économie sociale de marché, mais nous conduit au contraire à une constitutionnalisation de la

suprématie des « marchés » qui échappent ainsi à tout contrôle démocratique efficace.

Au fil des ans un fossé s'est alors creusé entre les partis socialistes – qui pourtant avaient été fondés pour représenter les intérêts de la classe ouvrière de l'époque – et les salariés. Le vide créé a été rempli par des partis populistes ancrés politiquement aussi bien à droite qu'à gauche.

Le parti travailliste britannique a résisté à cette tendance européenne pendant un certain temps. L'élection de Jeremy Corbyn à la tête du parti a même semblé conduire vers une « renaissance de la gauche », accompagnée de l'adhésion de centaines de milliers de nouveaux membres au parti, le parti travailliste britannique devenant le plus grand parti social-démocrate de l'Europe. Mais en fin de compte Corbyn n'est pas parvenu à inverser l'évolution de son parti vers un parti pro-UE, dominé par les forces libérales de gauche issues de la classe moyenne aisée des grandes villes. De nombreux adeptes de Corbyn partageaient en réalité la vision « progressiste » du monde néo-libérale de cette classe moyenne.

Les travaillistes perdent des élections dominées par la question du Brexit

Ceci a été catastrophique pour le parti travailliste lors du référendum de 2016 sur le Brexit où une majorité des votants s'est prononcée pour la sortie du Royaume-Uni de l'UE. Les dirigeants politiques n'avaient pas prévu ce résultat rendu possible essentiellement par les voix provenant des milieux populaires. On peut même dire que cette votation constitue une décision politique reflétant directement l'appartenance des votants aux différentes classes sociales – du jamais vu en Grande Bretagne depuis des décennies.

Contrairement à ce que proclament les remainers, ce ne sont ni des motifs racistes ni une tendance xénophobe qui expliquent ce résultat. A mon avis, il fut un appel en direction de la classe politique à écouter à nouveau leur base, les



électeurs, et à agir dans l'intérêt de ceux qui l'ont élue. La politique d'immigration n'a représenté qu'un sujet parmi d'autres à propos desquels les électeurs étaient en désaccord avec la politique suivie par les autorités. Mais, pour moi, il ne fait aucun doute que de nombreux électeurs britanniques souhaitaient voir un changement fondamental sur le plan politique et économique.

Les conservateurs ont gagné l'élection de décembre 2019 car ils ont mieux compris que les travaillistes ce message du référendum de 2016. Au départ les deux partis s'étaient prononcés pour rester dans l'Union Européenne. Mais contrairement aux conservateurs qui ont accepté le résultat du référendum, de nombreux représentants travaillistes n'ont jamais pu s'en satisfaire. Des dirigeants du parti ont passé les années entre le référendum et les élections de 2019 à dénigrer les électeurs comme des racistes ignorants ou même fascistes. La fraction des remainers au sein du parti travailliste ont finalement réussi à pousser le parti à se prononcer pour un deuxième référendum sur le Brexit. Cette stratégie a conduit au désastre lors des élections de 2019.

Comment pouvons-nous avoir la certitude que l'attitude des remainers par rapport au référendum de 2016 a conduit à ce désastre ? C'est parce que nous avons été témoins d'un événement très rare en science politique, à savoir une expérience en temps réel. Il se trouve que nous pouvons comparer les résultats des élections générales de 2017 et 2019, séparées de deux ans et demi seulement, pour arriver à cette conclusion.

La stratégie des conservateurs a été la même en 2017 et 2019. Les conservateurs ont tenté, avec leur campagne pro-Brexit, de gagner des voix dans les milieux populaires. En 2017, cette stratégie n'a pas porté ses fruits puisque les conservateurs ont perdu la majorité à la Chambre des communes. En 2019, au contraire, la même stratégie a conduit à une majorité confortable pour les conservateurs. Qu'est-ce qui a donc changé entre temps ?

Ce n'est pas le leader des travaillistes : Jeremy Corbyn a été aux commandes de la campagne les deux fois. Dans l'autre camp, Boris Johnson semblait a priori plus qualifié que Theresa May pour conduire le parti aux élections. Mais, en fait, sa campagne était menée de façon dilettante, avec des faux-pas en cascade. Lors de certaines entrevues, Johnson a maladroitement évité les questions gênantes et, une fois, il s'est même caché dans un réfrigérateur pour ne pas avoir à répondre à un journaliste.

Les propositions sociales et économiques des travaillistes étaient pratiquement identiques en 2017 et 2019. Les deux programmes comportaient le projet de nationalisation des services publics et une augmentation de certains impôts. Les sondages confirment que ce genre de projet continue à trouver un écho positif dans une grande partie de la population. C'est à ce point vrai que même les conservateurs ont fini par abandonner leur politique d'austérité et promettent aujourd'hui de vouloir investir dans les infrastructures publiques.

La grande différence entre 2017 et 2019 est que, en 2017, le parti travailliste promettait de vouloir respecter le résultat du

référendum de 2016, alors que, en 2019, ils envisageaient la tenue d'un deuxième référendum, et ceci dans le but manifeste d'empêcher le Brexit.

Une élection portant sur la démocratie

En 2017, la classe ouvrière pouvait penser que les travaillistes, après tant d'années de mépris affiché, seraient prêts à prendre ses revendications au sérieux. Corbyn s'était prononcé de façon hésitante contre le Brexit mais tout le monde savait qu'il avait été pendant toute sa carrière un eurosceptique. Il avait toujours insisté sur le fait que le résultat du référendum devait être respecté comme expression de la volonté des électeurs britanniques. Les attaques des remainers contre Corbyn après le référendum de 2016 ont renforcé la position de Corbyn dans son parti. Les classes populaires pouvaient donc espérer que les travaillistes, après des années de tendance néo-libérale et pro-UE, allaient revenir à leurs racines historiques.

Le bon résultat inattendu obtenu par les travaillistes en 2017 semblait donc confirmer ces espérances. Mais, après les élections, l'aile libérale pro-UE des travaillistes a progressivement repris le dessus. La politique du parti par rapport au Brexit depuis 2017 correspond à une position du remain. Le parti exigeait l'impossible : l'accord avec l'UE devait sauvegarder tous les avantages de l'appartenance à celle-ci, tout en la quittant. C'est pour cette raison que l'accord négocié par Theresa May a été rejeté fin 2018, rejet qui a mené à une crise politique profonde en Grande Bretagne.

Comme le Royaume-Uni faisait encore partie de l'UE lors des dernières élections européennes en mai 2019, les électeurs britanniques y ont participé. Lors de ces élections, les travaillistes ont perdu de nombreuses voix au profit des

démocrates libéraux. Les remainers se sont appuyés sur ces mauvais résultats pour faire passer au congrès travailliste de l'été 2019 le projet d'organiser un deuxième référendum sur le Brexit. J'ai déjà fait remarquer à l'époque que cette décision était un acte de suicide électoral.

Les conservateurs, à leur tour, ont perdu massivement des voix lors de l'élection du parlement « européen » ; ces voix sont allées vers le parti pour le Brexit qui venait d'être fondé. Les conservateurs ont réagi en s'investissant plus clairement pour le Brexit. Theresa May, à l'origine une remainer a alors été remplacée par Boris Johnson, un leaver de longue date. Celui-ci a tout fait pour permettre au Royaume-Uni de quitter l'UE au 31 octobre 2019. La majorité du Parlement a tenté de faire avorter ce projet, de sorte que Boris Johnson a dû reporter la date de la sortie de l'UE une fois de plus.

Les remainers ont jubilé à tort quand ils purent infliger cette défaite au premier ministre, sans réaliser qu'ils



commettaient là leur propre suicide politique. Car ainsi une nouvelle élection devenait nécessaire, avec une campagne qui a permis aux conservateurs de promettre de mener le Brexit à terme. C'est ainsi qu'ils ont pu gagner la majorité dans la Chambre des communes.

Contrairement à ce qui est souvent dit et écrit, cette élection n'était donc pas une élection où les votants ont voté contre leurs propres intérêts, désinformés après une campagne démagogique. La question essentielle était : est-ce que la Grande Bretagne doit rester un pays où les voix d'une élection démocratique comptent ? Il s'agissait concrètement de choisir entre un gouvernement majoritaire conservateur qui s'engageait à respecter les règles démocratiques et un gouvernement minoritaire travailliste qui, à tout prix, ne voulait pas les respecter.

Les travaillistes ont tenté pendant leur campagne d'éluider la question du Brexit en préférant axer celle-ci sur une multitude d'autres sujets. Ils ont parlé de toute sorte de choses, comme par exemple une révolution industrielle verte ou la fourniture gratuite pour tout le monde d'un accès internet à haut débit. Nombre de projets proposés par les travaillistes sont bien fondés. Mais ce qui était prioritaire pour les votants était que leur voix compte lors des élections. Le mot d'ordre des brexiters était « take back control ». Il a rencontré un grand succès puisque nombre de gens modestes ont le sentiment d'avoir peu d'influence sur le contexte politique dans leur existence, tout en étant aux prises avec les difficultés causées par la mondialisation néo-libérale.

Le seul rôle qu'ils peuvent jouer sur le plan politique est celui d'électeurs lors des élections. Si leur voix ne compte pas et est tout simplement ignorée par les politiciens, on les prive

donc de toute influence. Pourquoi croire au parti travailliste quand il promet une transformation socialiste de la société britannique, lorsque le même parti ne veut pas tenir compte de la votation sur le Brexit ?

En fin de compte, les électeurs britanniques se sont rangés du côté du parti conservateur qui probablement ne fera pas beaucoup pour améliorer leur situation socio-économique – et cela, ils le savent – mais qui, au moins, les respecte en tant que citoyens de leur pays.

Royaume-Uni des perdants ?

Beaucoup de personnalités de gauche commentent le résultat des élections de décembre 2019 comme une victoire du camp « raciste » et « d'extrême droite » et fustigent le projet de transformation de la société « rappelant les méthodes de Madame Thatcher ». Mais il est désormais clair que Johnson ne peut pas gouverner comme ses prédécesseurs du parti conservateur. Il sait – et il l'a dit – qu'il va perdre les voix des milieux populaires aux prochaines élections s'il ne tient pas compte de leurs intérêts. Les conservateurs ont déjà pris un virage vers la gauche : la dérégulation, la politique d'austérité et les attaques contre les droits des salariés ont disparu de leur agenda. Et ils savent très bien qu'ils risquent de perdre les prochaines élections s'ils les remettent à l'ordre du jour.

Si la gauche politique en Grande-Bretagne et en Europe veut redevenir une force politique progressiste, elle devra remettre au centre de son programme le maintien et le développement de la démocratie. Si, au Royaume-Uni, les travaillistes avaient fait ce choix en 2016, ils seraient maintenant aux commandes de ce pays. ■

Kurzinfos

Reform der EU-Landwirtschaftspolitik – Greenwashing statt Agrarwende

Die Agrarminister der EU-Länder haben sich am 21. Oktober 2020 auf eine Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) nach 2020 verständigt. Während Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner von einem Durchbruch spricht, kritisieren Umweltorganisationen die Einigung als Scheinpolitik.

Der Kompromiss sieht vor, dass landwirtschaftliche Betriebe, die Umweltprogramme nutzen, 20 Prozent der Direktzahlungen erhalten sollen. Das EU-Parlament hatte sich dafür ausgesprochen, 30 Prozent der Direktzahlungen an Umweltauflagen zu knüpfen. Die Mitgliedstaaten und die Abgeordneten müssen sich nun auf eine gemeinsame Linie einigen, damit die Reform in Kraft treten kann.

Umweltorganisationen bemängeln, dass der Großteil der 387 Milliarden Euro Subventionen – etwa ein Drittel des EU-Budgets – weiterhin als Direktzahlungen auf Basis der Flächengröße der Betriebe fließen sollen – und zwar ohne Umweltauflagen. Zudem monieren die Verbände, dass die osteuropäischen Staaten eine zweijährige Übergangsfrist durchgesetzt haben. Gelder, die während dieser Zeit nicht für Umweltprogramme abgerufen werden, können wie bisher auch ohne Auflagen verwendet werden.

„Die vorliegenden Ergebnisse sind herber Rückschlag für den Umwelt-, Natur- und Tierschutz. Anstatt die EU-Agrarpolitik in Einklang mit den Anforderungen des Green Deals zu bringen und den Stopp des Höfe- und Artensterbens zur politischen Zielvorgabe zu machen, wurde einmal mehr reines Greenwashing betrieben“, sagte Florian Schöne, Politischer Geschäftsführer des Deutschen Naturschutzrings (DNR). Aber das letzte Wort sei noch nicht gesprochen. Denn es folgen noch die Trilog-Verhandlungen zwischen Rat, Parlament und Kommission. „Die EU-Kommission hat mit ihrem Green Deal den Ton gesetzt. Es liegt in ihrer Verantwortung, diese Grundsätze in der neuen GAP zu verankern – ansonsten bleibt der Green Deal ein tragischer Deal ohne konkreten Nutzen“, so Schöne weiter.

„Wie so die Biodiversität geschützt und der Beitrag der Landwirtschaft zum Klimaschutz deutlich erhöht werden kann, bleibt ein Rätsel“, konstatierte der BUND-Vorsitzende Olaf Bandt. So werde die EU-Agrarpolitik nicht grüner und gerechter. DNR Aktuelles, November 2020, <https://www.dnr.de/aktuelles/2020/reform-der-eu-landwirtschafts-politik-greenwashing-statt-agrarwende/>



Das Rahmenabkommen gefährdet Löhne und Arbeitsplätze – Auszug aus einer Analyse des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB)

Das vorliegende Verhandlungsergebnis zum Rahmenabkommen setzt zentrale Teile der Flankierenden Massnahmen (FlaM) aufs Spiel. Die Übernahme der EU-Richtlinien beim Lohnschutz (Durchsetzungs- und Entsenderichtlinie) bedeutet einen substanziellen Abbau der FlaM. Die Richtlinien legen die Instrumente fest, welche die Länder zum Schutz der Löhne anwenden können. Sie stellen ein Maximum dessen dar, was die Länder für den Lohnschutz tun dürfen. Weitergehende Massnahmen sind grundsätzlich dem Verdacht ausgesetzt, dass sie den Marktzugang der Firmen und damit den freien Binnenmarkt behindern. Der EU-Gerichtshof beurteilt dann, ob der Lohnschutz verhältnismässig ist. Seine Entscheidungen wären bei der Ratifizierung des Rahmenabkommens künftig auch für die Schweiz massgebend. Doch der EuGH versteht sich immer noch als ein Motor des reinen Binnenmarktes. Er will Hindernisse für den Marktzugang für die Betriebe tendenziell abbauen. Dabei geht es namentlich um die Durchsetzung der «vier Grundfreiheiten». Beschränkungen dieser Grundfreiheiten sind nur unter bestimmten restriktiven Bedingungen zulässig.

In verschiedenen Urteilen kam der EuGH seit 2007 immer wieder zum Schluss, dass Lohn- und Arbeitnehmerschutzbestimmungen binnenmarktwidrig seien, und er stellte die Freiheit des Unternehmers, seine Dienstleistungen anbieten zu dürfen, regelmässig über den Anspruch der Arbeitnehmenden, in ihren Rechten geschützt zu werden. Die Rechtsprechung des EuGH stellt noch heute, nach der Revision des einschlägigen Rechts wie der EU-Entsendungsrichtlinie EntsRL, den angemessenen Arbeitnehmerschutz nicht sicher und stellt die Dienstleistungsfreiheit systematisch über den Arbeitnehmerschutz. Das erschliesst sich nur schon und gerade auch aus der Analyse jener jüngsten Entscheide zum Thema: CepelnikC-33/1712 vom 13. November 2018, Maksimovic (C-64/18) vom 12.9.2019 und Dobersberger (C-6/18) vom 19.12.2019.

In der Schweiz sind die Mindeststandards bei den Löhnen und den Arbeitsbedingungen zum grossen Teil in den Gesamtarbeitsverträgen (GAV) festgelegt. Ihre Einhaltung wird von paritätischen Kommissionen aus Arbeitgebern und Gewerkschaften kontrolliert und über Sanktionen (Konventionalstrafen) durchgesetzt. Diese Art und Weise der Durchsetzung ist europaweit einzigartig. Die Gefahr ist sehr gross, dass die EU-Kommission oder der EuGH der Schweiz dies ganz oder teilweise verbieten würden. Die EU-Durchsetzungsrichtlinie (DurchsetzungsRL) erlaubt den Sozialpartnern nur in beschränktem Mass, eine gewisse Mitwirkung bei der Durchführung von Kontrollen zu haben. Das EU-Recht unterscheidet nämlich zwischen «Vollzug» (wo «Mitwirkung» durch Sozialpartner möglich ist) und «Kontrolle». Im Falle der Kontrollen sind die Indizien stark, dass nur staatliche Behörden «kontrollieren» dürfen, so Art. 10 Abs. 1 DurchsetzungsRL. Das Schweizer System, wo die Kontrolle im Bereich der Branchen mit allgemeinverbindlich erklärten GAV an die

paritätischen Kommissionen delegiert werden, sieht für die Sozialpartner dagegen keine solche untergeordnete Rolle vor. Vielmehr übernehmen in der Schweiz die Sozialpartner selbst staatliche Kontrollaufgaben. Eine solche tragende Rolle der Sozialpartner im Bereich des Vollzugs von Entsenderecht ist im EU-Raum nirgends zu finden und wurde noch nie gerichtlich überprüft. Es ist vor diesem Hintergrund höchst fraglich, ob der EuGH das Schweizer Kontrollsystem erlauben würde. Auszug aus dem 10-seitigen, lesenswerten Dokument: https://www.sgb.ch/fileadmin/redaktion/docs/div/200923_SGB-Position_Rahmenabkommen.pdf

«Für uns Gewerkschaften ist entscheidend, dass wir beim Lohnschutz und beim Service public verbindliche Ausnahmen haben. Aber politisch bleibt natürlich das Problem bestehen: In den anderen betroffenen Bereichen würde sich die Schweiz dazu verpflichten, grundsätzlich immer das Recht der EU zu übernehmen. Es geht hier nicht um «fremde Richter», sondern um Demokratie. Ein solches Konstrukt wird es in einer Volksabstimmung sehr schwer haben, zumal auch das Ständemehr notwendig wäre. Die Stimmungslage in der Bevölkerung wird in diplomatischen Kreisen falsch eingeschätzt. Die Leute wollen grundsätzlich mehr demokratischen Einfluss auf ihre Zukunft, nicht weniger.» Zitat aus einem Interview von Fabian Schäfer mit Pierre-Yves Maillard, Präsident des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes. «Es geht hier um Demokratie», in: Neue Zürcher Zeitung vom 14. Oktober 2020

Widerstand der Wirtschaft gegen das Rahmenabkommen

Lange war nur der Wirtschaftsdachverband *Economiesuisse* als starker Befürworter des Rahmenabkommens zu hören. Jetzt stellt sich ein neues Wirtschaftskomitee gegen den mit der EU ausgehandelten Vertrag. Es erhält Sukkors von einem finanzstarken Unternehmer.

Am Freitag, den 14. November hat sich ein Unternehmerkomitee den Medien präsentiert, das sich kritisch zum Rahmenabkommen äussert. Es fordert fundamentale Änderungen am vorliegenden Vertragsentwurf. Sonst bekämpfen die Wirtschaftsvertreter das Rahmenabkommen. Das Komitee nennt sich in Anlehnung an *Economiesuisse* Autonomiesuisse.

Autonomiesuisse lehnt die Rolle des EU-Gerichtshofs (EuGH) in der Streitschlichtung ab. Der EuGH verfolge ein politisches Ziel: die Vertiefung der EU-Integration. Mit der Akzeptanz von Urteilen des EuGH werde Schweizer Recht, insbesondere die Bundesverfassung, belanglos. Die dynamische Rechtsübernahme ist ein weiterer Kritikpunkt, auf den die Gegner des Rahmenabkommens verweisen. Sie fordern ein «faïres Opting-out». Laut dem Entwurf kann bei einer Vertragsverletzung die andere Partei als Ausgleichsmassnahme ein Abkommen aussetzen. Die Unternehmer verlangen, solche Bestrafungsaktionen auf materielle Massnahmen wie finanzielle Kompensationen zu beschränken. NZZ, 14. November 2020



EU fällt im Einflusskampf um den afrikanischen Kontinent zurück.

EU-Afrika-Zusammenkünfte auf Unbestimmt verschoben

Die EU fällt im Einflusskampf um Afrika weiter gegenüber China und anderen aufstrebenden Ländern zurück. Ein für den 28. September 2020 angesetztes Außenministertreffen der EU sowie der Afrikanischen Union (AU) ist ebenso verschoben worden wie ein für Oktober anberaumter EU-AU-Gipfel, auf dem eine neue "Partnerschaftsagenda" beschlossen werden sollte. Offizieller Grund für die Verschiebung ist die Covid-19-Pandemie, die eine persönliche Zusammenkunft in Brüssel unmöglich macht. Beobachter weisen jedoch darauf hin, dass die AU – bislang eher ungewohnt – darauf besteht, von der EU nicht mehr allein auf eine Rolle als Rohstofflieferant und Absatzmarkt reduziert zu werden. In der EU wiederum ist noch umstritten, wie scharf die Abwehr afrikanischer Migranten realisiert werden soll – eine Debatte, die kaum geeignet ist, in der AU Sympathien zu wecken. Hintergrund für die selbstbewusstere Haltung der afrikanischen Staaten ist, dass China, aber auch andere Länder wie Indien ihre Stellung in Afrika deutlich gestärkt und das westliche Einflussmonopol gebrochen haben.

Von German-Foreign-Policy.com*

Freihandel und nette Worte

Die EU hatte schon zu Jahresbeginn angekündigt, ihre Beziehungen zur Afrikanischen Union (AU) mit der Einigung auf eine neue "Partnerschaftsagenda" auf "die nächste Ebene" heben zu wollen.^[1] Zuvor hatte sie zuletzt im Jahr 2005 ein eigenes Strategiepapier zur Afrikapolitik und im Jahr 2007 gemeinsam mit der AU eine "Afrika-EU-Strategie" verabschiedet, in denen neben allerlei netten Worten ("Entwicklung", "Menschenrechte") vor allem militär- und wirtschaftspolitische Schritte festgehalten wurden.^[2] Unter den Stichworten "Frieden und Sicherheit" hieß es, "Europa" werde die Staaten der AU beim Aufbau übergreifender Militärstrukturen unterstützen; Ziel war es, künftig Konflikte auf dem afrikanischen Kontinent mit Hilfe einheimischer Streitkräfte kontrollieren zu können. Wirtschaftlich fokussierte die EU stark auf die Economic Partnership Agreements (EPA), Freihandelsabkommen, die darauf hinauslaufen, Afrikas Märkte noch umfassender für Waren aus der EU zu öffnen und für die Industrie der Union billigeren Zugriff auf afrikanische Rohstoffe zu ermöglichen. Bislang sind in Afrika lediglich fünf EPAs vorläufig in Gang gesetzt worden: eines mit der Southern African Development Community (SADC), eines mit mehreren Ländern Ost- und Südafrikas sowie jeweils eines mit Kamerun, Côte d'Ivoire und Ghana.^[3]

* <https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/8393/>

^[1] EU paves the way for a stronger, more ambitious partnership with Africa. ec.europa.eu 09.03.2020.

^[2] The EU and Africa: towards a strategic partnership. Brussels, 19 December 2005. A Joint Africa-EU Strategy. ec.europa.eu 15.07.2007. The Africa-EU Strategic Partnership. A Joint Africa-EU Strategy. Lisbon, 9 December 2007.

^[3] Frederik Stender, Axel Berger, Clara Brandi, Jakob Schwab: The Trade Effects of the Economic Partnership Agreements between the European Union and the African, Caribbean and Pacific Group of States: Early Empirical Insights from Panel Data. German Development Institute Discussion Paper 7/2020.

Rohstofflieferant und Absatzmarkt

Zugleich hält die Kritik der afrikanischen Staaten an der Afrikapolitik der EU nicht nur an; sie ist zuletzt sogar lauter geworden. Mehrere AU-Mitglieder beklagen etwa, die EPAs führten dazu, dass ihre eigenen Industrialisierungsbemühungen unter dem Konkurrenzdruck europäischer Konzerne zunichte gemacht würden. Tatsächlich schaden die EPAs darüber hinaus sogar der Agrarwirtschaft Afrikas, die es in manchen Bereichen schwer hat, sich nach dem Abbau von Handelsschranken gegen subventionierte Agrarunternehmen aus Europa zu behaupten. Ein berüchtigtes Beispiel ist, dass beispielsweise in Ghana die einheimische Hühnerfleischproduktion kollabierte, während EU-Unternehmen ihre Exporte in das Land gewaltig steigern konnten – von bereits gut 40.000 Tonnen Geflügelfleisch im Jahr 2010 auf mehr als 135.000 Tonnen im Jahr 2017.^[4] Erfolge durch die militärische Kooperation bleiben, wie zur Zeit etwa der immer weiter eskalierende Krieg im Sahel zeigt, gleichfalls aus. Afrikanische Diplomaten lassen sich mit der Beschwerde zitieren, die EU

kopple ihre ökonomischen Zusagen an allzu restriktive Bedingungen und gestalte sie außerdem so, dass afrikanische Länder auf ihre Rolle als Rohstofflieferanten festgelegt sowie am Aufbau einer eigenen Industrie gehindert würden.^[5]

Aufstrebende Rivalen

Möglich geworden ist der wachsende Widerstand afrikanischer Staaten gegen ihre Ausplünderung durch die EU, weil ihre Abhängigkeit von den westlichen Mächten schrumpft:

^[4] S. dazu Wie man Fluchtursachen schafft. <https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/7705/>

^[5] Benjamin Fox: EU unveils 'partnership plans' for new Africa strategy. euractiv.com 09.03.2020.



China, aber auch andere Länder jenseits der transatlantischen Welt haben ihre Beziehungen zu den Ländern Afrikas in den vergangenen Jahren deutlich intensiviert. So ist der Afrikahandel der Volksrepublik von einem Volumen von rund zehn Milliarden US-Dollar im Jahr 2000 auf rund 209 Milliarden US-Dollar im vergangenen Jahr in die Höhe geschwungen; damit erreichte er nahezu den vierfachen Wert des US-Handels mit dem Kontinent (2019: 57 Milliarden US-Dollar). Nur zusammengekommen kann die EU noch behaupten, der wichtigste Handelspartner des afrikanischen Kontinents zu sein; dabei stagniert das Handelsvolumen seit 2012 in einer Größenordnung von um die 280 Milliarden Euro (2019: 281,2 Milliarden Euro).

Eurostat beziffert den deutschen Afrikahandel auf rund 45 Milliarden Euro (2019) – weniger als den indischen Handel mit dem Kontinent, der von 14,2 Milliarden US-Dollar im Haushaltsjahr 2007/08 auf 62,6 Milliarden US-Dollar im Haushaltsjahr 2017/18 in die Höhe schnellte.^[6] Ebenfalls sehr schnell steigt der Afrikahandel der Türkei, der im Jahr 2005 mit 3,5 Milliarden Euro noch fast vernachlässigbar schien, vergangenes Jahr aber bereits 26 Milliarden US-Dollar erreichte, beinahe die Hälfte des deutschen Warenaustauschs mit den Ländern Afrikas – bei rasch steigender Tendenz.^[7]

Impfstoff für Afrika

Den wachsenden Wirtschaftseinfluss begleitet vor allem China mit allerlei Kooperationsangeboten; nicht wenige davon beziehen sich aktuell auf Fördermaßnahmen im Kontext der Coronakrise. So hat China die Staaten Afrikas schon früh im Kampf gegen die Covid-19-Pandemie unterstützt. Dabei beschrieben Experten bereits im Mai, die chinesische Hilfe hebe sich in zweierlei Hinsicht positiv von derjenigen der EU ab: Zum einen liefere die Volksrepublik Material, während die EU zumeist nur ohnehin für Afrika vorgesehene Mittel umdeklariere, mit denen die afrikanischen Staaten auf dem erbittert umkämpften Weltmarkt für Schutzausrüstung nur wenige Waren kaufen könnten. Zum anderen habe die chinesische Unterstützung größeres Gewicht, da die Volksrepublik im Kampf gegen die Pandemie recht erfolgreich gewesen sei, was sich von der EU nicht behaupten lasse.^[8] Hinzu kommt, dass Peking inzwischen mehrfach bekräftigt hat, es werde, sobald es über einen Covid-19-Impfstoff verfüge, diesen den afrikanischen Ländern bevorzugt zur Verfügung stellen. Weder die EU noch die USA hätten erkennen lassen, dass sie ihrerseits bereit seien, Afrikas krisengeschüttelten Ländern einen Impfstoff kostenfrei zur Verfügung zu stellen, hieß es kürzlich; die Volksrepublik hebe sich auch diesbezüglich vom alten Westen ab.^[9]

^[6] Christian Kurzydowski: What Can India Offer Africa? thediplomat.com 27.06.2020.

^[7] "We will increase our trade volume with African countries to \$50 billion". tccb.gov.tr 26.01.2020.

^[8] Lidet Tadesse: Testing the relationship: China's 'Corona diplomacy' in Africa. ecdpm.org 11.05.2020.

^[9] Eric Olander: China: Africa to have priority access to COVID-19 vaccine. theafricareport.com 08.09.2020.

Kein Ersatztermin in Sicht

Um auf dem afrikanischen Kontinent nicht weiter ins Hintertreffen zu geraten, hatte die EU ursprünglich geplant, im Oktober dieses Jahres auf einem großen EU-AU-Gipfel die Einigung auf die erwähnte neue "Partnerschaftsagenda" verkünden zu können. Grundlage sollte ein am 9. März dieses Jahres in Brüssel vorgestelltes Papier sein, dessen Titel ("Towards a comprehensive strategy with Africa") absichtsvoll die Präposition "with" ("mit") enthielt: Dies sollte die Abkehr der alten europäischen Kolonialmächte von ihrer traditionell paternalistisch-ausbeutenden Politik hin zu einem vorgeblich partnerschaftlichen Umgang mit den einstigen Kolonien symbolisieren. Auf den Gipfel sollte unter anderem ein für den 28. September 2020 geplantes Außenministertreffen der EU und der AU vorbereiten. Diese Zusammenkunft ist, ganz wie der Gipfel selbst, abgesagt worden; zur Begründung wird offiziell auf die Covid-19-Pandemie verwiesen, die ein persönliches Treffen in Brüssel verhindere.

Tatsächlich stehen einer Einigung gemäß den Wünschen der EU mehrere Forderungen der AU-Staaten entgegen, darunter diejenige, die EU solle Investitionen in Afrikas Infrastruktur und Industrie fördern, damit der Kontinent endlich das Spektrum seiner Exportwaren ausdehnen könne – weg von der alleinigen Ausfuhr von Rohstoffen und Nahrungsmitteln hin zu einem gewissen Maß an Industrieexporten. Während sich die AU-Staaten darüber hinaus stärkere Unterstützung im Kampf gegen die Pandemie wünschen, streiten die EU-Länder untereinander – offenbar nicht bereit, auf die Forderungen der AU einzugehen – nicht zuletzt darum, wie aggressiv sie afrikanische Migranten abwehren wollen.^[10] Ein Ersatztermin für den EU-AU-Gipfel ist bislang noch nicht in Sicht. ■

^[10] Benjamin Fox: Pandemic has derailed EU-Africa strategy, concedes Borrell. euractiv.com 22.09.2020.

Kurzinfos

In Deutschland tabu

Ein im europäischen Ausland populärer, der Deutschen Bundesregierung gegenüber kritischer Film kann in den Programmkinos der Bundesrepublik nicht gezeigt werden. Der Film "Adults in the Room" des mehrfachen Oscarpreisträgers Costa-Gavras, der die Auseinandersetzungen um die Griechenlandkrise im Jahr 2015 schildert, ist in mehreren EU-Staaten im Kino zu sehen, ist aber in Deutschland von keinem Filmverleih in das Programm aufgenommen worden. Zur Begründung wird intern vorgebracht, die Thematik sei nicht aktuell. Tatsächlich drehen sich die gegenwärtigen Auseinandersetzungen um die EU-Maßnahmen im Kampf gegen die Eurokrise um einen sehr ähnlichen politischen Kern. Zudem hat das deutsche Spardiktat, dessen Durchsetzung der Film beschreibt, in Griechenland gravierende Folgen hervorgebracht – unter anderem eine hohe Arbeitslosigkeit und krasse Armut, die das Land bis heute zeichnen. Berichten zufolge hat ein hochrangiger deutscher EU-Funktionär versucht, die Entstehung des Films zu verhindern. <https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/8331/>



EU als Erpressungsinstrument

Bulgarien (EU-Mitglied seit 2007) verlangt von seinem Nachbarn Nordmazedonien (Kandidat seit 2005) das Bekenntnis, dass die mazedonische Sprache ein bulgarischer Dialekt sei und die mazedonische nationale Identität im Kern auf der bulgarischen beruhe. Widersetze sich Skopje, so lege Sofia sein Veto gegen den Beginn von Beitrittsverhandlungen ein.

Der Fall zeigt, dass EU-Staaten gefahrlos ihre nationalistischen Obsessionen ausleben können. Dass Nachbarn für bilaterale Probleme die Vetomacht missbrauchen, die ihnen der Europäische Rat einräumt, ist nicht neu: Slowenien blockierte Kroatiens EU-Beitritt wegen Grenzstreitigkeiten, und 2018 erzwang Griechenland, dass Mazedonien seinen Namen ändert, weil eine griechische Provinz auch so heisst. NZZ, 28. November 2020, S. 5

EU-Abschottung I

Die Schweiz darf sich nicht an das Netzwerk der europäischen Corona-Apps anschliessen. Als Grund dafür nennt Brüssel offiziell das fehlende Rahmenabkommen. Damit stellt die EU die Machtpolitik über die Gesundheit ihrer Bürger.

Der offizielle Grund für den Ausschluss ist, dass die Schweiz kein Gesundheitsabkommen mit der EU hat. Und dieses wiederum ist abhängig vom fehlenden Rahmenabkommen. Doch noch im Januar zeigten sich die Entscheidungsträger in Brüssel angesichts der aufziehenden Seuchengefahr durchaus zu Pragmatismus bereit.

Damals ging es um den Zugang zum Frühwarnsystem für Infektionskrankheiten (EWRS). Die Schweiz hatte diesen nach einem EU-Beschluss von 2013 verloren. Die Rede war von einer Blockade mit «besorgniserregenden Auswirkungen auf die nationale Sicherheit» im Gesundheitsbereich. Im Fall einer Epidemie sind die Informationen aus den Nachbarländern für die Schweiz entscheidend. Im Fall des Frühwarnsystems gewährte die EU der Schweiz schliesslich einen temporären Zugang zum EWRS. Unkompliziert und unbürokratisch – denn zuvor war ein Gesundheitsabkommen ebenfalls offiziell die Voraussetzung dafür.

Was vor einem halben Jahr noch pragmatisch möglich war, droht nun an Brüssels Bürokratismus oder gar einer fatalen Ignoranz zu scheitern. Denn die Zusammenarbeit mit der Schweiz wäre auch im Interesse der EU. Diese Erkenntnis ist jedoch noch nicht bei der EU angekommen. Der abtretende EU-Botschafter in Bern, Michael Matthiessen, etwa empfahl in der NZZ, dass die Schweizer, die in EU-Ländern Ferien machen, ja die jeweilige nationale App auf ihr Smartphone herunterladen könnten. Die eigenen Grenzgänger scheint er vergessen zu haben. Jeden Tag kommen über 300 000 Personen aus den Nachbarländern in die Schweiz, um hier zu arbeiten. Für sie macht es einen grossen Unterschied, wenn sie nicht jeden Tag zweimal zwischen den nationalen Covid-Apps hin- und herschalten müssen – was rasch auch vergessen gehen kann. Die Einbindung der Schweizer App ist deshalb entscheidend, damit die Infektionsketten des täglichen kleinen Grenzverkehrs unterbrochen werden können. Die EU steht eben nicht für Kooperation in Europa, sondern

GV des Forums für direkte Demokratie

Datum: Samstag, 27. Februar 2021

Ort: Luternauweg 8; Bern

Zeit: 17 Uhr 00

Traktanden: Jahresbericht, Jahresrechnung 2020, Vorstandswahlen, inhaltliche Diskussionen, Varia.

Diese Ankündigung gilt als Einladung. Es erfolgt keine persönliche Einladung mehr. Quellen der Kurzinfos

für den Versuch, Kooperation zu monopolisieren, um so besser Druck auf die anderen europäischen Staaten auszuüben. NZZ, 20. August 2020, S. 9

EU-Abschottung II

Die europäische Grenzschutzagentur Frontex gerät wegen Rückweisungen an der griechisch-türkischen Grenze in die Kritik. Auf Vorwürfe von Rechtsverstössen durch den griechischen Grenzschutz hat die EU bisher kaum reagiert.

Die Migrationskrise an der griechisch-türkischen Landgrenze von diesem Frühjahr 2020 hat zu einer Verstärkung des griechischen Grenzschutzes geführt – und zu einer deutlichen Zunahme von Vorwürfen, dass es dabei zu Rechtsverstössen kommt. Medien, Recherchenetzwerke und Menschenrechtsorganisationen haben in den letzten Monaten zahlreiche Berichte von sogenannten Push-backs veröffentlicht, also rechtswidrigen Rückweisungen von Asylsuchenden an der Grenze.

Flüchtlinge, so der Vorwurf, seien teilweise unter erheblichem Gewalteinsatz zurück auf türkisches Territorium gebracht und Schlauchboote in der Ägäis aus griechischen Hoheitsgewässern abgedrängt worden. Solche Vorfälle verstossen gegen das bindende Recht der Uno-Flüchtlingskonvention, wonach kein Schutzsuchender ohne individuelle Prüfung seines Falls abgewiesen werden darf. Griechenland hat die Vorwürfe stets als substanzlose, aus Ankara gesteuerte Diffamierungskampagne abgetan.

Seit einigen Wochen steht nun auch die europäische Grenzschutzagentur Frontex in der Kritik. Ende Oktober veröffentlichten das Recherche-Portal Bellingcat, der «Spiegel» und weitere Medien eine gemeinsame Recherche, wonach Frontex-Einheiten bei mehreren Push-backs der griechischen Küstenwache anwesend gewesen seien oder sich sogar daran beteiligt hätten. NZZ, 14. November 2020, S. 3



Die Kurzinfos stellen freie Bearbeitungen der Quellentexte dar und brauchen deren Stossrichtung nicht wiederzugeben. Werden Sätze vollständig verwendet, wird dies nicht eigens vermerkt. Weitere Kurzinfos auf dem Internet. NZZ: Neue Zürcher Zeitung, Zürich, Falkenstr. 11, CH-8021 Zürich

Werkstatt-Rundbrief, Werkstatt Frieden & Solidarität, Waltherstr. 15, 4020 Linz, Tel. 0732/771094, Fax 0732/797391, www.werkstatt.or.at

<https://www.german-foreign-policy.com/>

Forum pour la démocratie directe

social, écologique et critique à l'égard de l'Union Européenne



EUROPA - MAGAZIN

für dezentrale politische Strukturen in Europa
FÜR DIREKTE DEMOKRATIE
für aktive Menschenrechts- und Minderheitenpolitik
gegen die Schaffung einer europäischen Grossmacht
für das *Europa der Demokratien*, gegen das *Europa der Nationen*
FÜR UMWELTSCHUTZ

FÜR EINE GLOBALE AUSGEWogene ENTWICKLUNG
GEGEN DIE NEOLIBERALE DAMPFWALZE
FÜR KOOPERATION STATT ZENTRALISATION

- Schicken Sie mir das EUROPA-MAGAZIN zur Ansicht
- Ich möchte beim Forum (bei Gelegenheit) mitpolitisieren.
- Ich möchte das EUROPA-MAGAZIN abonnieren (2 x jährlich - 30 Franken)
- Ich möchte Mitglied des Forums werden und zahle den Mitgliederbeitrag von Fr. 50.- (30.- für wenig verdienende) (Inklusive Abonnement EUROPA-MAGAZIN).

Name: _____

Vorname: _____

Strasse: _____

Ort: _____

Einsenden an: Forum für direkte Demokratie, Luternauweg 8, CH-3006 Bern (Telefon (0041-31-7312914; Fax: 0041-31-7312913; PC: 30-17465-5) Wenn Sie das EUROPA-MAGAZIN abonnieren oder Mitglied des Forums werden wollen, verwenden Sie am besten gleich den beiliegenden Einzahlungsschein. Die Einsendung dieses Talons erübrigt sich.

Redaktionsadresse:

EUROPA-
MAGAZIN

Luternauweg 8

3006 Bern

Tel. 0041-31 - 731 29 14

Fax: 0041 - 31 - 731 29 13



<http://www.europa-magazin.ch>



Impressum

Herausgeber:

Forum für direkte Demokratie
EU-kritisch, ökologisch, sozial

Redaktion:

Paul Ruppen (pr)

Lektorat:

Gérard Devanthey, Christian Jungen,

Logos und Büchersterne: Josef Loretan

Entwicklung und Konzeption der Website:

Chris Zumburrn Ventures, CH-2610 Mont-
Soleil

Redaktionsadresse:

EUROPA-MAGAZIN, Luternauweg 8,
3006 Bern, Tel. 0041 - 31 - 731 29 14

Fax: 0041 - 31 - 731 29 13

<http://www.europa-magazin.ch>

E-Mail: forum@europa-magazin.ch

Druck: Valmedia AG, 3930 Visp

Auflage: 1600

Erscheinungsweise: 2 mal jährlich

Jahrgang 28, Nr. 73, Dezember 2020

Abonnement: Fr. 30.-, Euro 30.-

Redaktionsschluss: 30. April 2021

Post CH AG

P.P.
CH-3900 Brig

Retouren und
Mutationen:
Europa-Magazin
Luternauweg 8
3006 Bern